

vom Ratsbüro genehmigt
am 16.08.05

PROTOKOLL

der **10.** Sitzung
vom Dienstag, 5. Juli 2005
17.00 - 21.00 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Rolf Amstad (SP) Präsident 2005

Protokoll: Gabriele Behring (Nichtmitglied)

StimmzählerInnen: Käthi Tanner-Winzeler (SP)
Thomas Hauser (FDP)

Anwesend von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsident und 46 Mitglieder
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Dieter Amsler (FDP)
Christoph Lenz (AL)
Stephan Schlatter (SVP)

Entschuldigt für den Anfang der Sitzung: Esther Bänziger (SP)
Christian Bächtold (FDP)
Christian Hablützel (SP)

Traktanden

- 1. Ersatzwahl in den Vorstand Trägerverein Jugendarbeit Schaffhausen (tjs) für den Rest der Amtsdauer 2005-2008** Seite 258
- 2. VdSR GB Nr. 519, Kammgarnareal Abgabe einer Teilfläche im Baurecht** Seite 259
- 3. VdSR Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen** Seite 263
- 4. Motion Marlies Besio (CVP), Alfons Cadario (EVP), Iren Eichenberger (OeBS), Edgar Mittler (FDP), Rebekka Plüss (AL), Urs Tanner (SP): Attraktives Rheinufer** Seite 272
- 5. Motion Thomas Hauser (FDP): Konsultative Volksabstimmung Rheinufer** Seite 289

- 6. Interpellation Christoph Schlatter (SP): Welche Auswirkungen hätte die Einführung des Sozialhilfestopps und die Streichung der Nothilfe für die betroffenen AsylbewerberInnen und die Stadt Schaffhausen**
nicht behandelt
- 7. Motion Erwin Sutter (EDU):
Finanzielle Hochrechnungen**
nicht behandelt
- 8. Interpellation Edgar Zehnder (SVP):
Jährlicher Wertverlust von Strassen**
nicht behandelt

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES

07.01.03	VdSR - Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion	SPK
04.05.04	Gegenvorschlag SPK zur VdSR - Initiative "SH-fit - 3 vollamtliche Stadträte für die Zukunft"	SPK
11.06.04	VdSR Aktualisierung der genossenschaftlichen Baurechtsverträge durch Neuabschlüsse bzw. Nachträge (<i>sistiert an Ratssitzung 17.08.04</i>)	
02.11.04	VdSR Massnahmen zur Verbesserung des Stadtbildes/Revision der Regelung über die Nutzung des öffentlichen Raumes	SPK
12.04.05	VdSR Sanierung und Erneuerung des Museums Allerheiligen SH	SPK
24.05.05	Interpellation Edgar Zehnder (SVP): Jährlicher Wertverlust von Strassen	
31.05.05	VdSR Initiative "35 statt 50 Grossstadträte", Überweisung und Stellungnahme des Stadtrates	SPK
31.05.05	VdSR Handlungsfähiger Stadtrat - leistungsfähige Stadt: Gegenvorschlag zur Initiative "SH-fit - 3 vollamtliche Stadträte für die Zukunft"	SPK
21.06.05	Interpellation Christoph Schlatter (SP): Welche Auswirkungen hätte die Einführung des Sozialhilfestopps und die Streichung der Nothilfe für die betroffenen AsylbewerberInnen und die Stadt Schaffhausen?	
21.06.05	Motion Fraktion SVP/JSVP/EDU, Erwin Sutter (EDU): Finanzielle Hochrechnungen	
24.06.05	Interpellation Dr. Raphaël Rohner (FDP): Stadtumfahrung: Taugliches Mittel zur längerfristigen Lösung der Verkehrsprobleme und Entlastung der Schaffhauser Innenstadt?	
05.07.05	VdSR Abgabe der Liegenschaft GB Nr. 948 "Güter- und Bretterhof" im Baurecht	

2005 Kleine Anfragen:

11	Peter Möller (SP)	Internetauftritt der Stadt Schaffhausen	03.05.05
12	Peter Neukomm (SP)	Künftige Stellung des Jugendbeauftragten	10.05.05
14	Peter Neukomm (SP)	Kampf der Feinstaubbelastung in SH	24.05.05

15	Iren Eichenberger (OeBS)	Spitexdienste-Fragen an die Stadt als Auftraggeberin	07.06.05
16	Christa Flückiger (SP)	Schliessung von städtischen Kindergärten	07.06.05
17	Martin Egger (FDP)	Gesamtverkehrskonzept Stadt Schaffhausen Phase 1 - wie weiter?	03.07.05
18	Edgar Zehnder (SVP)	Telekommunikation Kostenoptimierung	03.07.05

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Ersatzwahl in den Vorstand Trägerverein Jugendarbeit Schaffhausen (tjs) für den Rest der Amtsdauer 2005-2008

Der Grosse Stadtrat wählt mit **41 Stimmen** für den Rest der Amtsdauer 2005-2008

Barbara Böhringer (SVP)

in den Vorstand des Trägervereins Jugendarbeit Schaffhausen (tjs).

Traktandum 2 VdSR GB Nr. 519, Kammgarnareal, Abgabe einer Teilfläche im Baurecht

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 07.06.05, den Antrag sowie den Situationsplan in der **Schlussabstimmung** mit **44 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe einer Teilfläche von ca. 500 m² des Grundstückes GB Nr. 519 "Kammgarnareal" im Baurecht an die IWC Schaffhausen, Branch of Richemont International SA, Baumgartenstrasse 15, 8200 Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 7. Juni 2005 genannten Bedingungen zu.

Traktandum 3 VdSR Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 19.01.05, die Anträge sowie die Anhänge I, II und III in der **Schlussabstimmung** mit **45 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 19.01.05 betreffend die Einführung von Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen.
2. Der Grosse Stadtrat genehmigt das Rahmenkonzept "Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen".

3. Der Grosse Stadtrat bewilligt einen wiederkehrenden Kredit von Fr. 25'000.-- für die Ausgaben für Projekte, Weiterbildung und Fachberatung.
4. Der Grosse Stadtrat bewilligt die für die Schulsozialarbeit notwendigen 180 Stellenprozente. Darin enthalten sind 10 Stellenprozente für die Leitung. Er bewilligt für die Monate August bis Dezember 2005 die für die Besoldungen benötigten Fr. 63'887.-- und für die Sozialleistungen Fr. 15'279.--.
5. Ziffer 3 dieses Beschlusses wird nach Art. 11 Abs. 1 lit d der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Traktandum 4 Motion Marlies Besio (CVP), Alfons Cadario (EVP), Iren Eichenberger (OeBS), Edgar Mittler (FDP), Rebekka Plüss (AL), Urs Tanner (SP): Attraktives Rheinufer

Die Motion wird von der Motionärin Marlies Besio (CVP) und dem Motionär Urs Tanner (SP) begründet, von SR P. Kämpfer beantwortet und im Rat ausführlich diskutiert.

Der Grosse Stadtrat überweist die Motion unter Namensaufruf mit **28 : 16 Stimmen** und 3 Enthaltungen.

**Traktandum 5 Motion Thomas Hauser (FDP):
Konsultative Volksabstimmung Rheinufer**

Die Motion wird vom Motionär Thomas Hauser (FDP) begründet, von SR P. Kämpfer beantwortet und im Rat ausführlich diskutiert.

Der Grosse Stadtrat lehnt mit **22 : 18 Stimmen** die Überweisung der Motion ab.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Rolf Amstad (SP) eröffnet die heutige **Ratssitzung Nr. 10** mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der Gäste auf der Tribüne und wünscht allen einen interessanten Verlauf der heutigen Sitzung, welche die letzte vor den fünföchigen Sommerferien ist.

MITTEILUNGEN des Ratspräsidenten:

"Weil bei einigen Ratsmitgliedern bald Sommerferienstimmung einkehren wird, habe ich ausnahmsweise das obligate Zitat durch einen Witz ersetzt. Denn Fröhlichkeit und Humor gehören ebenso zum Leben wie die ernsthafteren Dinge.

Eine Fussballmannschaft fliegt für ein Freundschaftsspiel nach Amerika. Aus Langeweile beginnen die Burschen in der Maschine mit dem Leder zu spielen. Der Pilot kann die Maschine kaum noch halten und schickt den Funker nach hinten, um die Burschen in die Schranken zu weisen. Nach zwei Minuten ist absolute Ruhe.

„Wie hast Du denn das gemacht?“ fragt der Pilot. Der Funker antwortet: „Na ja, ich habe einfach gesagt: Jungs, es ist schönes Wetter draussen, spielt doch vor der Tür!“

Ich hoffe, dass alle Fussballer in diesem Saal Humor haben. Nun geht es ernsthaft weiter, und wir kommen zu verschiedenen Mitteilungen:

Ratsausflug 2005

Bitte tragen Sie in Ihrer Agenda das Datum des diesjährigen Ratsausflugs ein: Dienstagnachmittag, 30. August 2005, also nicht am 13. September. Ich hoffe, Sie können alle teilnehmen, ist doch der Ratsausflug eine gute Gelegenheit, die Ratskolleginnen und Ratskollegen einmal von einer anderen Seite kennen zu lernen. Manches Parlamentsmitglied war auch schon überrascht, wie gut man nämlich ohne Politdruck, sogar mit politisch anders denkenden Kolleginnen oder Kollegen, gute Gespräche führen kann. Der diesjährige Ausflug steht unter dem Motto "Natur pur". Sie können aber beruhigt sein: Pickel oder sogar Steigeisen werden nicht benötigt. Mit einigermaßen gutem Schuhwerk und "Tenue légère" sind Sie auf jeden Fall dabei. Genauere Informationen werde ich Ihnen in nächster Zeit zukommen lassen.

Ich habe verschiedene Anmeldungen von persönlichen Erklärungen: Als erster meldet sich GrSR Peter Neukomm (SP) im Zusammenhang mit der Antwort des Stadtrates vom 14. Juni 2005 auf seine Kleine Anfrage: "Beteiligung der Gemeinden an den Nationalbankmillionen" zu Wort.

Peter Neukomm (SP)

Persönliche Erklärung *

"In seiner Antwort auf meine Kleine Anfrage "Beteiligung der Gemeinden an den Nationalbankmillionen" hat der Stadtrat viel Erfreuliches gesagt, zum Beispiel, dass die Gemeinden zu 50% am kantonalen Anteil an den überschüssigen Goldreserven im Betrag von Fr. 117 Mio. partizipieren und dass diese Gelder nicht zum Schuldenabbau, sondern zur Hälfte auch für nachhaltige Investitionen zur Attraktivierung der städtischen Infrastruktur verwendet werden sollten.

Zu diesen wichtigen zukunftsgerichteten Projekten, die von diesen Goldmillionen profitieren sollten, gehören meiner Meinung nach aber nicht nur die vom Stadtrat aufgeführten Stadthausgeviert, Bleicheareal oder Rheinufer, sondern auch die Sportinfrastruktur unserer Stadt, insbesondere das geplante nationale Hallensportzentrum Schweizersbild und das neue Fussballstadion. Nachdem diesen Projekten regionale, ja sogar überregionale Bedeutung zukommt, erwarte ich überdies auch ein tatkräftiges finanzielles Engagement des Kantons.

Ich hoffe also, dass die Aufzählung der unterstützungswürdigen Infrastrukturprojekte des Stadtrates in seiner Antwort auf meine Kleine Anfrage nicht abschliessend war, und er unsere Meinung in diesem Punkt teilt. Die SP wird sich jedenfalls dafür einsetzen, und ich hoffe, dass Sie, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, sich uns

anschliessen werden, wenn es dann allenfalls dazu kommt, hier darüber zu befinden."

Edgar Mittler (FDP)

Persönliche Erklärung *

"Der Stadtrat schreibt auf Seite 12 seiner Vernehmlassung zum Schlussbericht "sh.auf" als Hauptantrag (Zitat): "*Steuerveranlagung und Steuerbezug für die natürlichen Personen sollen eine Gemeindeaufgabe bleiben*". Dieser Antrag widerspricht aber dem Auftrag dieses Parlamentes, welches der Auslagerung dieses Teilbereiches ganz klar den Vorzug gab. Ich muss mich schon fragen, weshalb der SR eine an und für sich gut gemeinte und sinnvolle Vernehmlassungsveranstaltung hier im Nachbarraum durchführt, sich aber dann nicht an die entsprechenden Aufträge hält. Den Trick mit dem Eventualantrag erachte ich deshalb als unehrlich.

Wenn schon, wäre der umgekehrte Weg richtig gewesen, nämlich als Hauptantrag die Auslagerung des Steuerwesens an den Kanton und als Eventualantrag, dass die Steuerveranlagung und -bezug eine Gemeindeaufgabe bleiben soll, wenn sich im Rahmen der Vernehmlassung eine klare Mehrheit der Gemeinden für diesen Weg entscheidet.

Dies hätte der Wortlaut sein müssen, der den Tatsachen und Forderungen des GrSR entsprochen hätte. Ich fordere deshalb den SR auf, die Anträge zum Thema Steuerwesen in der Vernehmlassung zu berichtigen. "

Stadtpräsident Marcel Wenger

Stellungnahme

"Ich kann Ihnen im Namen des Gesamtstadtrates sagen, dass wir es uns mit der Stellungnahme nicht leicht gemacht haben. Da das städtische Parlament öffentlich gegenüber dem Stadtrat, der als Adressat zur Vernehmlassung aufgefordert war, eine andere Meinung vertrat, haben wir diesen *Eventualantrag* in unser Papier aufgenommen. Dies ist nicht unehrlich, sondern hart erkämpft. Wir wollen auf jeden Fall verhindern, dass sich der Kanton - ähnlich wie dies bei der Polizei geschah - zumindest teilweise aus den zugesagten Verbesserungen herausschleicht. Bevor die Garantien dieses Eventualantrages nicht erfüllt sind, wird der Stadtrat zu einem Wechsel nicht ja sagen. Sie können sich getrost zurücklehnen, denn der Kantonsrat wird darüber mittels einer Dekretänderung entscheiden. Der Kantonsrat ist sich sehr wohl bewusst darüber, dass das städtische Parlament in der gemeinsamen öffentlich zelebrierten Aussprache eine andere Meinung wie der Stadtrat äusserte. Ich bitte Sie an dieser Stelle, den SR deswegen nicht "in die Pfanne" zu hauen. "

Werner Schöni (SVP)

Persönliche Erklärung *

"Auch ich habe den Bericht mit grossem Interesse gelesen. Es ist mir gleich ergangen wie Eddy Mittler. Auf Seite 12 hat es mich "aus den Socken" gehauen. Ich schliesse mich daher seinem Votum an und empfinde diese Veranstaltung als reine Alibiübung, auf die man in Zukunft verzichten kann. "

Alfred Zollinger (SVP)

Mitteilung betr. Bauordnung/Zonenplan

"Im Zusammenhang mit der in diesem Rat verabschiedeten gesamthaften Überprüfung der Bauordnung und des Zonenplans ist vom 23. August bis 24. September 2005 im Haus der Wirtschaft eine umfassende Information der

Bevölkerung geplant. Es findet eine Ausstellung mit verschiedenen Stellwänden statt, auf denen die wichtigsten Veränderungen ersichtlich sind und mit einer Power Point-Präsentation werden weitere Details vorgestellt. Fachleute aus dem Baureferat/Hochbau (Olaf Wolter) werden nicht nur der Bevölkerung sondern auch interessierten Parteien (zum Beispiel für Parteiversammlungen) für detaillierte Information zur Verfügung stehen. Es wird ein überparteiliches Komitee ins Leben gerufen, mit einem Kopräsidium aus den vier Fraktionen. Heute Abend werden entsprechende Listen zirkulieren, auf denen ich Sie bitte, sich einzutragen. Die Kosten werden "köpfemässig" verteilt. Wir legen grossen Wert auf diese Veranstaltung, denn eine breite Abstützung erscheint uns im Hinblick auf die Abstimmung am 25. September sehr wichtig. Ich bitte Sie ebenso, Leserbriefe zu verfassen, um in der Öffentlichkeit möglichst präsent zu sein und empfehle den Parteien, ihre Parteiversammlungen oder weitere Info-Anlässe im Haus der Wirtschaft zu veranstalten. Allfällige Kosten dafür werden nicht vom Komitee übernommen. Olaf Wolter nimmt Anmeldungen für individuelle Veranstaltungen gerne entgegen. "

Alfons Cadario (EVP)**Votum**

"Ich nehme Bezug auf die beiden persönlichen Erklärungen im Hinblick auf die Vernehmlassung des Stadtrates zum Schlussbericht "sh.auf".

1. Es handelt sich hier um die Vernehmlassung des Stadtrates und nicht des Grossen Stadtrates.
2. Die städträtliche Stellungnahme wurde an der ausserordentlichen Ratssitzung vom 5. April 2005 beraten und die in der vorliegenden Vernehmlassung zum Schlussbericht "sh.auf" vom 28. Juni 2005 bezüglich Steuern dargestellte Ausnahme wurde damals vom Stadtparlament mit deutlicher Mehrheit unterstützt.

Es wird somit auf die Differenz hingewiesen und für mich ist dies korrekt. "

Wiederaufnahme der Mitteilungen des Ratspräsidenten:

"Für die Zuweisung der folgenden Neueingänge gibt es Folgendes zu sagen: Da in den folgenden Wochen der Ratsbetrieb ruhen wird, einige wichtige Geschäfte inzwischen vom Stadtrat verabschiedet und mittlerweile auch per Post an Sie zugestellt wurden, hat das Büro bereits an seiner letzten Sitzung die Zuweisungsvorschläge dieser Vorlagen vorbereitet. Somit verlieren wir keine Zeit, und die ersten SPK-Sitzungen könnten bereits heute Abend terminiert werden. Der Stadtrat begrüsst dieses Vorgehen, insbesondere bei den Vorlagen, über die das Volk noch zu bestimmen hat.

Die neue Herrenackervorlage steht kurz vor der Fertigstellung. Ein erster Entwurf wurde mir zugestellt. In den Sommerferien werden Sie das Geschäft in ihrem Briefkasten haben. In Vereinbarung mit dem Stadtrat und um bei diesem Geschäft, das vor allem in der Öffentlichkeit publik ist, keine Zeit zu verlieren, hat das Büro ausnahmsweise den Zuweisungsvorschlag schon besprochen und möchte Ihnen beliebt machen, diese Vorlage bereits heute einer SPK zuzuweisen. Das Büro hofft auf Ihr Einverständnis.

Neu eingegangene Geschäfte:

VdSR vom 21.06.05: Dringliche Anpassung der Gemeindezulagen für Lehrkräfte. Der Stadtrat bittet um dringliche Behandlung dieser Vorlage, damit eine Verabschiedung vor Oktober 2005 gewährleistet ist. Das Büro schlägt vor, diese Vorlage der GPK zuzuweisen.

Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.

VdSR vom 21.06.05: Revision des Personal- und Lohnrechtes der Stadt Schaffhausen. Das Büro schlägt eine 15er Spezialkommission vor. Einladende Fraktion: OeBS/EVP.

Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.

Zusammensetzung der SPK:

OeBS/EVP: Iren Eichenberger, Rainer Schmidig
FDP/JFDP/CVP: Theresia Derksen, Martin Egger, Walter Hotz, Nihat Tektas
SVP/JSVP/EDU: Daniel Preisig, Werner Schöni, Alfred Tappolet, Alfred Zollinger
SP/AL: Esther Bänziger, Christa Flückiger, Wilhelm Hefti
 Peter Möller, Peter Neukomm

Die erste Sitzung findet am 19. August 2005, 17.00 Uhr, statt.

VdSR vom 28.06.05: Abgabe der Liegenschaft "Jugendheim", Rosengasse 26, Teilparzelle von GB Nr. 491, im Baurecht. Dieses Geschäft ist aufgrund seiner Anträge ein spezielles Baurecht. Das Büro schlägt eine 13er Spezialkommission vor. Einladende Fraktion: FDP/JFDP/CVP.

Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.

VdSR vom 28.06.05: Abgabe der Liegenschaft Rosengasse 18, Teilparzelle von GB Nr. 491, im Baurecht. Der Stadtrat schlägt vor, dieses Baurecht nicht wie sonst üblich in der GPK vorzubereiten, sondern beide Baurechte (Rosengasse 26 und Rosengasse 18) der gleichen Spezialkommission zuzuweisen, da sie die gleiche Parzelle betreffen, eng miteinander verwoben sind und somit die gleichen Hintergrundinformationen benötigen.

Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.

Zusammensetzung der SPK:

FDP/JFDP/CVP: Marlies Besio, Theresia Derksen, Walter Hotz
SVP/JSVP/EDU: Barbara Böhringer, Werner Schöni, Cornelia Stamm Hurter
SP/AL: Mehmet Ertogrul, Christa Flückiger, Urs Fürer
 Rebekka Plüss, Käthi Tanner-Winzeler
OeBS/EVP: Bernhard Egli, Dr. Paul Bösch

Die erste Sitzung findet am 29. August 2005, 18.00 Uhr, statt.

VdSR vom 28.06.05: Projektentwicklung Areal Bleiche. Das Büro schlägt eine 13er Spezialkommission mit dem Hinweis vor, dass es Sinn machen würde, wenn

Ratsmitglieder, die bereits in der SPK-Projektentwicklung Kiefer/Landhaus dabei waren, wenn möglich auch in dieser SPK Einsitz nehmen könnten. Einladende Fraktion: SVP/JSVP/EDU.

Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.

Zusammensetzung der SPK:

SVP/JSVP/EDU: Josef Eugster, Erwin Sutter, Edgar Zehnder
FDP/JFDP/CVP: Christian Bächtold, Edgar Mittler, Thomas Hauser
SP/AL: Andres Bächtold, Christian Hablützel, Wilhelm Hefti
 Peter Möller, Kurt Zubler
OeBS/EVP: Dr. Paul Bösch, Iren Eichenberger
 Die erste Sitzung findet am 19. September 2005, 17.00 Uhr, statt.

VdSR betreffend Platzgestaltung Herrenacker, die Sie demnächst erhalten werden. Das Büro schlägt bereits zum heutigen Zeitpunkt eine 13er Spezialkommission vor. Einladende Fraktion: SP/AL.

Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.

Zusammensetzung der SPK:

SP/AL: Andres Bächtold, Urs Fürer, Wilhelm Hefti
 Christoph Lenz, Urs Tanner
SVP/JSVP/EDU: Josef Eugster, Edgar Zehnder, Alfred Zollinger
FDP/JFDP/CVP: Dieter Amsler, Theres Brambrink, Katrin Hauser-Lauber
OeBS/EVP: Martin Roost, Lotti Winzeler
 Die erste Sitzung findet am 10. August 2005, 17.30 Uhr, statt.

Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- **Interpellation Dr. Raphaël Rohner (FDP)** vom 24.06.05: Stadtumfahrung: Taugliches Mittel zur längerfristigen Lösung der Verkehrsprobleme und Entlastung der Schaffhauser Innenstadt?
- **Jahresbericht 2004 der KSS** Sport- und Freizeitanlagen Schaffhausen.
- **Fünf Änderungsanträge** aus der SPK "Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen".
- **Vernehmlassung** des Stadtrates an den Kanton zum Schlussbericht "sh.auf".
- **Einladung zur Jahresversammlung 2005** der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen in Bern. Das Hauptthema dieser Versammlung mit Referat und Podiumsdiskussion steht unter dem fragenden Titel „Stärkere Parlamente dank ständigen Kommissionen?“ Unsere Ratssekretärin Gaby Behring und der Ratspräsident werden vermutlich an dieser Jahrestagung am Samstag, 17. September 2005, teilnehmen. Das Ratssekretariat organisiert bei Bedarf für interessierte Stadträte und Parlamentarier eine gemeinsame Hin- und Rückreise.
- Kleine Anfrage Nr. 17/2005, Martin Egger: Gesamtverkehrskonzept Stadt Schaffhausen Phase 1- wie weiter? vom 03.07.05.

- Kleine Anfrage Nr. 18/2005, Edgar Zehnder: Telekommunikation Kostenoptimierung vom 03.07.05.
- VdSR vom 05.07.05: Abgabe der Liegenschaft GB Nr. 948 "Güter- Bretterhof" im Baurecht.
- Informationen zur Motion Rheinufer.
- Erneuerbare Energie, Sondernummer Ökostrom 3/2005, der städtischen Werke.

PROTOKOLL

Das **Ratsprotokoll Nr. 9 vom 21.06.05** wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt und liegt bei der Ratssekretärin zur Einsichtnahme auf. Anmerkungen hierzu werden keine angebracht.

Die heutige **Traktandenliste** wurde Ihnen rechtzeitig zugestellt. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.* Die Pflichtlektion für heute ist klar. Ziel ist, alle Geschäfte bis und mit Traktandum 5 - Motion Thomas Hauser - zu behandeln.

Zur Traktandenliste möchte ich noch Folgendes erläutern: Die Interpellation von GrSR Edgar Zehnder wurde ausnahmsweise *nicht* nach Datum des Eingangs traktandiert. Dies, weil gemäss Auskunft des SR die Fragestellung sehr komplex ist, und er ausführlich antworten möchte. Die Ausarbeitung der Beantwortung vor den Sommerferien ist daher nicht möglich. Nach den Ferien wird der Stadtrat die Interpellation beantworten. "

Traktandum 1 **Ersatzwahl in den Vorstand Trägerverein Jugendarbeit Schaffhausen (tjs) für den Rest der Amtsdauer 2005-2008**

Christian Meister (SVP), Fraktionspräsident SVP/JSVP/EDU, schlägt Barbara Böhringer (SVP) vor. Es erfolgen keine weiteren Vorschläge.

Zahl der Stimmberechtigten	50
Zahl der ausgeteilten Wahlzettel	45
Zahl der eingegangenen Wahlzettel	45
Zahl der leeren und ungültigen Stimmen	3
Zahl der gültigen Stimmen	42
Absolutes Mehr $42 : 2 = 21$ aufgerundet	22

Gewählt wurde Barbara Böhringer (SVP) mit 41 Stimmen
 Vereinzelte: 1 Stimme

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 VdSR GB Nr. 519, Kammgarnareal, Abgabe einer
Teilfläche im Baurecht**

Dieses Geschäft wurde usanzgemäss in der GPK vorberaten.

Alfred Zollinger (SVP)**Sprecher der GPK ***

"Dieses Baurecht wurde bereits an der Sitzung des GSR vom 19. März 1991 an die IWC vergeben, die aber bis heute keinen Gebrauch davon machte. Die Verzögerung ist auf Veränderungen in den letzten Jahren bei den Besitzverhältnissen wie auch auf das Engagement der IWC beim Wiederaufbau der Uhrenmanufaktur A. Lange und Söhne zurückzuführen. Auch konnte der dringendst notwendige Raumgewinn am Standort Schaffhausen vor Jahren durch den Erwerb der Liegenschaft Rheinstrasse 7 realisiert werden. Danach folgten der Erwerb der Liegenschaften an der Goldsteinstrasse und die Konzentration der Planungsarbeiten für einen Ausbau in östlicher Richtung. Dieser Schritt konnte bekanntlich vor wenigen Wochen mit der Einweihung des Neubaus Ost erfolgreich abgeschlossen werden.

Für die IWC stand immer fest, dass die mittel- und langfristige Planung für einen erfolgreichen weiteren Ausbau am Standort Schaffhausen nur durch eine Erweiterung Richtung Westen ermöglicht werden kann. Deshalb wurde dieses Baurecht nie zurückgegeben. Der Stadtrat hat diese Absichten immer unterstützt und die Aufrechterhaltung der Baurechtsoption aus dem Jahre 1991 zugesichert.

Anfangs 2005 nahm die IWC mit ihrem Gesuch um Einlösung der Option Baurecht 1991 auf dem Kammgarnareal erneut Kontakt mit der Stadt Schaffhausen auf. Die seinerzeitigen Baurechtsbedingungen konnten aber nicht unverändert übernommen werden. Diese mussten aktualisiert und auf die neuen Richtlinien abgestimmt werden. Eine neue Landwertschätzung wurde erstellt. Diese trägt das Datum vom 24. März 2005 und weist einen Landwert von Fr. 1'988.-- aus. Nach Abzug der üblichen 25 % wird ein Landpreis von Fr. 1'500.-- berechnet, was genau der Vorlage aus dem Jahre 1991 entspricht. Die übrigen Vereinbarungen können der Vorlage entnommen werden. Die Baurechtsinteressentin hat den vorliegenden Vertragsbestimmungen zugestimmt.

Speziell ist noch darauf hinzuweisen, dass der Baurechtsnehmerin, unter Vorbehalt der Finanzkompetenzen gemäss Stadtverfassung, die Option eingeräumt wurde, innert frühestens 4 Jahre bis längstens 6 Jahre nach Eintrag des Baurechtes im Grundbuch, eine Kaufoption einzulösen. Für die Kaufverhandlung bildet der vom Amt für Grundstückschätzungen am 24. März 2005 ermittelte Verkehrswert in der Höhe von Fr. 994'000.-- die Basis. Sofern die Baurechtsnehmerin dieses Kaufrecht innerhalb der festgelegten Frist nicht einlöst, verfällt diese Option und der vorliegende Baurechtsvertrag läuft weiter.

Die erwähnte Option konnte eingebaut werden, weil die Stadt dieses Grundstück verkaufen will, handelt es sich doch um ein entbehrliches Grundstück. Der Erlös wird, wie üblich, in den Rahmenkredit fliessen. Sofern die IWC die Kaufoption einlöst, wird eine neue Vorlage zur Verabschiedung im Grossen Stadtrat ausgearbeitet.

Die Anzahl Parkplätze auf dem Kammgarnareal wird nach Baubeendigung wie ursprünglich wieder hergestellt, d.h. das heutige Parkplatzangebot wird nicht reduziert, nur teilweise etwas anders angelegt.

Die GPK hat dieses Baurecht an ihrer Sitzung vom 15. Juni 2005 als dringlich behandelt und einstimmig, mit 7 : 0 Stimmen zuhanden des Grossen Stadtrates verabschiedet. Wir empfehlen Ihnen, dieser Vorlage ebenfalls zuzustimmen.

Fraktionserklärung SVP/JSVP/EDU

Wir sind selbstverständlich hoch erfreut, wenn eine Schaffhauser Firma zusätzlichen Platzbedarf benötigt. Das bringt Arbeitsplätze und eine noch festere Bindung zum Standort Schaffhausen, worüber wir natürlich froh sind. Dank dem Uhrenverkauf profitiert auch der Name Schaffhausen als weltweiter Werbeträger.

Unsere Fraktion wird geschlossen auf die Vorlage eintreten und ihr auch einstimmig zustimmen. "

Walter Hotz (FDP)

Fraktionserklärung FDP/JFDP/CVP *

"Unser GPK-Präsident Alfred Zollinger hat uns die Vorlage ausführlich vorgestellt. Meine Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. Wir freuen uns sehr, dass die IWC die Einlösung der Baurechtsoption wahrnehmen will. So hat das Schaffhauser Traditionsunternehmen Flächen für die Administration und Produktion zur Verfügung. Wir unterstützen auch den SR, dass er gewillt ist, das Grundstück zu verkaufen. Somit hat die IWC die Möglichkeit, innerhalb der gesetzten Frist die Teilfläche käuflich zu erwerben. Kurzum, es ist eine gefreute Vorlage. "

Rainer Schmidig (EVP)

Fraktionserklärung OeBS/EVP *

"Die OeBS/EVP-Fraktion wird auf dieses Geschäft eintreten und ihm auch zustimmen, dies aber nicht ohne einige Bedenken in Bezug auf die Kaufoption. Die Fakten sind vom GPK-Präsidenten dargelegt worden und brauchen keine Ergänzung.

Die OeBS/EVP-Fraktion möchte aber hier klarstellen, dass der Verkauf von Land und Immobilien an für die Stadt interessanten und für die städtebauliche Zukunft wichtigen Orten keine Schule machen darf. Wenn wir in diesem Fall der Kaufoption zustimmen, dann deshalb, weil die zukünftige Planung im Bereich Rheinufer und Kammgarnhof vom Verkauf dieser Landfläche nicht ernsthaft betroffen ist.

Weiter gab für uns die positive Beurteilung des Firmenstandortes der IWC, nicht zuletzt auch deshalb, weil diese Firma in verschiedenen Berufen Lehrlingsausbildung betreibt, den Ausschlag zu einem positiven Entscheid.

Wir würden es begrüßen, wenn das Baureferat öffentlich Stellung beziehen würde, warum in diesem Fall ein möglicher Verkauf richtig und sinnvoll ist, und warum man gleichzeitig aber daraus keinen Präzedenzfall ableiten kann. "

Mariann Keller (SP)

Fraktionserklärung SP/AL *

"Ich kann Ihnen mitteilen, dass die SP/AL-Fraktion dem GPK-Vorschlag folgen und der Vorlage mehrheitlich zustimmen wird. Wir begrüßen die Tatsache, dass die IWC sich zum Standort Schaffhausen bekennt, indem sie den Westflügel Richtung Kammgarn erweitert. Das Projekt wirkt überzeugend und sichert Arbeitsplätze. Deshab stimmen wir der Einlösung des Baurechtes auf dem Kammgarnareal zu.

Ein sofortiger Verkauf des Grundstückes wurde diskutiert. Die vorgängige Abgabe im Baurecht macht jedoch aus Gründen der Planungssicherheit für die IWC und der Sicherheit für die Stadt, dass das Projekt auch umgesetzt wird, Sinn. Das gegenseitige Interesse am Verkauf des Grundstückes soll aus Gründen der Transparenz offen deklariert und protokolliert werden. Ein halbes Gebäude bringt der Stadt wenig Nutzen, deshalb können wir der Kaufoption zustimmen.

Ein weiterer Diskussionspunkt ist sicherlich der gewählte Zeitpunkt der Projektumsetzung. So wie dieses Baurecht, sind heute auch zwei Motionen zum Thema Rhyufer-Strasse traktandiert. In Anbetracht einer möglichen Gesamtprojektierung der Rhyufer-Strasse wäre eine gemeinsame Planung sinnvoller gewesen. Es bleibt zu hoffen, dass wir uns in Bezug auf die Gestaltungsmöglichkeiten keine wesentlichen Einschränkungen einhandeln. "

SR P. Kämpfer

Stellungnahme *

"Ich bedanke mich beim GPK-Präsidenten für die Vorstellung der Vorlage und die allgemein positive Aufnahme dieses Geschäftes, da es auch für den Stadtrat erfreulich ist, wenn Unternehmen am Standort Schaffhausen weiter investieren und bauen.

Am 8. Juni eröffnete die IWC den Neubau Ost und stellte am gleichen Tag der Öffentlichkeit die Pläne für einen weiteren Ergänzungsbau auf der Westseite der Öffentlichkeit vor.

Es ist geplant, einen Bau in ähnlicher Gestaltung wie der erstellte Neubau zu erstellen. Das Gebäude wird jedoch weniger hoch, dafür etwas breiter sein. Architektonisch wird es sich sehr gut in das Stadtbild einfügen und die Hofsituation, heute durch die Mauer verbaut, aufwerten. Es ist geplant, die Uhrmacherei aus den älteren Fabrikbauten in moderne Arbeitsräume zu verlegen und die Produktion auszubauen. Neben den gestalterischen Vorzügen erfreut den Stadtrat das Bekenntnis der IWC zum Standort Schaffhausen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit hohen Qualifikationsanforderungen natürlich besonders.

Zur Realisierung des Projektes ersucht die IWC Schaffhausen, Branch of Richemont International SA, um Übernahme einer Teilfläche im Umfang von ca. 500 m² ab dem städtischen Grundstück GB Nr. 519 "Kammgarnareal" im Baurecht. Dieses Baurecht hat der Grosse Stadtrat schon einmal mit Beschluss vom 19. März 1991 der IWC übertragen.

Das Baurecht wurde damals aus verschiedenen Gründen, welche alle in der Vorlage beschrieben sind, nicht eingelöst. Der Stadtrat hat der IWC trotzdem die Aufrechterhaltung der Baurechtsoption 1991 zugesichert. Von Seiten der IWC ist mit Brief vom 19.01.05 die Absicht, diese Option einzulösen, beim Stadtrat deponiert worden.

Da die Baurechtsbedingungen aus dem Jahre 1991 natürlich nicht mehr unverändert übernommen werden konnten, wurde ein neuer Baurechtsvertrag ausgearbeitet, welcher den neuen Richtlinien für die Abgaben von Grundstücken im Baurecht entspricht und eine aktuelle Berechnung des Verkehrswertes beinhaltet.

Von Seiten der IWC wurde der Einbau einer Kaufoption gewünscht. Der Stadtrat beantragt Ihnen, diese Kaufoption im Vertrag zu akzeptieren. Sie ist zeitlich limitiert und entspricht den Bedingungen, wie sie beim Geschäft Baurecht Klaiber/Artilleriestrasse von der GPK verlangt und eingebaut wurden.

Wenn der Bau der IWC realisiert wird, was schon bald der Fall sein dürfte, wird dieser Teil des Grundstückes für die Stadt entbehrlich. Ein sofortiger Verkauf - wie auch in der GPK bereits diskutiert - macht aus Sicht des Stadtrates aber keinen Sinn, denn das nun vorgeschlagene Verfahren gibt die Gewähr, dass, im Falle einer eher unwahrscheinlichen Nichtbebauung, das Grundstück wieder an die Stadt zurückfällt. Das Verfahren kann als Wirtschaftsförderung im Sinne einer Anschubfinanzierung verstanden werden. Es ist für den Stadtrat äusserst wichtig, dass wir nicht nur für neu ansiedelnde Betriebe gute Bedingungen schaffen, sondern auch Firmen, welche am Standort ausbauen, mit vorhandenen Instrumenten unterstützen können.

Es wird kein Präjudiz geschaffen, einerseits ist es klar, dass mit einer Bebauung der Nutzen für die Stadt entfällt. Dies wurde auch bereits erwähnt. Andererseits wird die zukünftige Planung an der Rheinuferstrasse nicht beeinträchtigt. Dieser Punkt wurde ebenso abgeklärt. Wenn wir auf Wunsch der IWC den Verkauf vorbereiten, wird in jedem Fall eine weitere Vorlage zuhanden des Grossen Stadtrates ausgearbeitet, und Sie haben erneut Gelegenheit, darüber zu befinden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nochmals darauf aufmerksam machen, dass Verkaufserlöse generell dem Konto Rahmenkredit für Liegenschaftserwerb gutgeschrieben werden. Eine Äufnung dieses Fonds sichert dem Stadtrat in Zukunft finanzielle Mittel, damit der auf dem Liegenschaftsmarkt schnelle Handlungsbedarf sowie die nötige Diskretion gewährleistet und weitere sich in Planung befindliche Projekte realisiert werden können.

Durch den Neubau wird sich die Situation im Kammgarnhof leicht verändern. Im Rahmen des Budgets 06 sieht der Stadtrat vor, einen Beitrag für die vorläufige gestalterische Lösung des Kammgarnhofes an die Hand zu nehmen und eine Lösung für die Neuordnung der Parkplätze zu unterbreiten.

Die IWC verbindet mit der Stadt Schaffhausen eine lange Tradition und trägt den Namen Schaffhausen in alle Länder. Dem Unternehmen geht es wirtschaftlich sehr gut, und das Bekenntnis des Unternehmens zum Standort Schaffhausen ist für uns ein Glücksfall. Der Stadtrat empfiehlt Ihnen daher die Zustimmung zum Baurecht unter den genannten Bedingungen und freut sich mit Ihnen über einen weiteren Ausbau dieser wichtigen Produktionsstätte. "

Der Ratspräsident stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde. **EINTRETEN ist somit beschlossen.**

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident**, Dr. Paul Bösch (OeBS), verliest die Seiten 1 - 5, den Antrag auf Seite 6 sowie den Situationsplan der Vorlage vom 07.06.05.

ANTRAG

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe einer Teilfläche von ca. 500 m² des Grundstückes GB Nr. 519 "Kammgarnareal" im Baurecht an die IWC Schaffhausen, Branch of Richemont International SA, Baumgartenstrasse 15, 8200 Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 7. Juni 2005 genannten Bedingungen zu.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 07.06.05, den Antrag sowie den Situationplan in der **Schlussabstimmung** mit **44 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 VdSR Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen

Dieses Geschäft wurde in einer 13er Spezialkommission vorberaten.

Dr. Paul Bösch (OeBS)

Sprecher der SPK *

"Es freut mich, Ihnen heute eine über alle Parteigrenzen hinweg unbestrittene Vorlage vorstellen zu dürfen. In der Annahme, dass sie die Unterlagen dazu schon studiert haben, möchte ich mich auf die wesentlichsten Inhalte beschränken und Ihnen anschliessend aus den Verhandlungen in der Kommission berichten. Die wenigen redaktionellen Änderungen, die aus der Kommissionsarbeit resultierten, haben sie bereits erhalten.

Nun also zum Inhalt der Vorlage. In einem kurzen Abschnitt auf Seite zwei finden Sie eine prägnante Zusammenfassung. Ich zitiere: *Die Schulsozialarbeit leistet einen Beitrag zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen an unseren Schulen. Sie unterstützt die Lehrpersonen in der Arbeit mit den Schülerinnen, Schülern und Eltern. Gleichzeitig ist sie eine niederschwellige Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche sowie für Eltern. Schwerpunkte der Schulsozialarbeit sind Konfliktbewältigung und Prävention.* (Ende des Zitates)

Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Stadtschulrätin Verena Stutz hat in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel ein Rahmenkonzept für die Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen erarbeitet. Damit konnten die langjährigen Erfahrungen dieser Hochschule sinnvoll genutzt und auf die Bedürfnisse der Stadt Schaffhausen übertragen werden. Es zeigte sich dann bald, dass der grösste Bedarf auf der Stufe Realschule mit ihren komplexen Problemsituationen besteht. Die in der Vorlage vorgesehenen 170 Stellenprozente sind ein Kompromiss zwischen Wünschbarem und finanziell zur Zeit Machbarem.

Von der Schulsozialarbeit wird erwartet, dass sie einen wichtigen Beitrag zur Ausgestaltung des Jugendleitbildes entsprechend dem 5. Leitsatz leisten wird. Dort lesen wir nämlich folgende Anliegen: Anspruch von Jugendlichen auf „*Begleitung und Beratung bei Problemen*“, Zusicherung an die Eltern, dass sie mit Ihrer

„*Erziehungsaufgabe nicht allein gelassen*“ werden und die Möglichkeit für Lehrpersonen, „*sich bei Jugendfragen beraten zu lassen*“.

Organisatorisch ist die Schulsozialarbeit sinnvollerweise dem Sozialreferat angegliedert, damit durch eine gute Vernetzung Synergien genutzt werden können. Finanzieller Träger hingegen ist das Schulreferat.

Im Anhang I finden Sie das Rahmenkonzept ausführlich dargestellt, dazu bedarf es keines weiteren Kommentars. Der Anhang II umfasst die Leistungsvereinbarung. Darin finden Sie u. a. einen ausführlichen Katalog von Leistungszielen und Leistungsangeboten. Diese sind als Basis gedacht; was daraus dann umgesetzt wird, wird sich laufend den aktuellen Bedürfnissen anpassen müssen.

Der Anhang III schliesslich ist eine Orientierung, eine Momentaufnahme, welche keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt und dementsprechend auch laufend wieder angepasst werden muss.

Soviel zur Vorlage. In der Kommission wurde sie in einer offenen und konstruktiven Atmosphäre diskutiert. Für fachliche Auskünfte standen uns Stadtrat Thomas Feurer, Frau Brigitte Trösch von den sozialen Diensten und Herr Werner Bächtold vom Schulamt zur Verfügung. Diesen drei Personen sowie auch der Protokollführerin Frau Ilona Keller möchte ich schon an dieser Stelle für ihren grossen Einsatz herzlich danken.

Alle Kommissionsmitglieder begrüsst die Vorlage und anerkannten die darin festgelegten Ziele. Unterschiede in der Beurteilung zeigten sich dann bezüglich dem Umfang, indem einzelne Votanten gern alle Schulstufen einbezogen hätten, jedoch letztlich akzeptierten, dass zur Zeit nicht genügend Mittel für den Einbezug weiterer Schulstufen vorhanden sind. Von andern wurde bedauert, dass eine solche Institution überhaupt nötig ist und anstehende Probleme nicht innerhalb der Familie gelöst werden können, sondern sich in die Schule verlagern. Es war aber auch nicht bestritten, dass mit dem Einsatz der Schulsozialarbeit Probleme an der Wurzel gepackt werden können und damit langfristig finanzielle Einsparungen an anderen Orten (z. B. durch vermiedene Fremdplatzierungen) möglich sind.

Bezüglich der Anstellungen wurde klar, dass für den Beginn der Arbeit eine Aufteilung auf mehr als zwei Personen, wie es gemäss Konzept grundsätzlich möglich wäre, keinen Sinn macht. Es wurde auch festgehalten, dass das Konzept einen Rahmen für den Start gibt und die Arbeit dann laufend den Bedürfnissen und Gegebenheiten angepasst werden muss. Dazu ist auch die Begleitgruppe unter der Leitung von Frau Trösch wichtig.

Im Verlauf der zwei Kommissionssitzungen konnten alle offenen Fragen zur Zufriedenheit der Mitglieder geklärt werden, und am Schluss wurde die Vorlage mit einigen kleinen redaktionellen Änderungen, die ich eingangs schon erwähnt habe, einstimmig angenommen. Nun hoffe ich, dass Sie ebenso geschlossen und überzeugt für die Einführung der Schulsozialarbeit stimmen werden.

Zum Schluss möchte ich allen Kommissionsmitgliedern für die angenehme Zusammenarbeit und die konstruktiven Beiträge danken, und Ihnen allen danke ich für die Aufmerksamkeit. "

Katrin Hauser Lauber (FDP)**Fraktionserklärung FDP/JFDP/CVP ***

"Ich freue mich, Ihnen bekannt zu geben, dass die FDP/JFDP/CVP-Fraktion diese Vorlage unterstützen wird. Die Tatsache, dass die vorliegende Einführung der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen dringend notwendig ist, trübte jedoch die Freude an der Beratung der Vorlage und stimmte uns in der Fraktion sehr nachdenklich. Nachdenklich deshalb, weil wir davon ausgehen müssen, dass heute 25-30% aller Kinder und Jugendlichen von psychosozialen Belastungen betroffen sind.

Folgende drei Hauptargumente bewegen uns, auf die Vorlage der Schulsozialarbeit einzutreten und den Anträgen zuzustimmen:

Als ersten Punkt möchte ich erwähnen, dass sich heute sehr viele Lehrpersonen mit den ausserschulischen Problemen ihrer Schülerinnen und Schüler auseinandersetzen, sogar auseinandersetzen müssen, damit die Lernbereitschaft in den einzelnen Klassenverbänden aufrecht erhalten werden kann. Diese stetig steigende und belastende Arbeit der Lehrpersonen blockiert das eigentliche Kerngeschäft in der Schule, nämlich das Vermitteln vom Schulstoff und das Lernen. Das darf aus unserer Sicht nicht sein. Entlastung und Hilfe in Form der Schulsozialarbeit ist deshalb dringend nötig.

Im Weiteren möchten wir auch auf die Pflichten der Erziehungsberechtigten eingehen. Rund um die Schule wird leider vermehrt festgestellt, dass einige Eltern aus ganz unterschiedlichen Gründen ihre Pflichten, die sie ihren Kindern und der Schule gegenüber selbstverständlich auch haben, nicht wahrnehmen, oder nicht wahrnehmen können. Dieser ungunstigen Entwicklung tritt die Schulsozialarbeit entgegen. Die Schulsozialarbeit wird zum Einen vor Ort, in und um die Schule geleistet. Zum Anderen kann sie aber auch direkt in den Familien aktiv werden.

Nicht zuletzt möchten wir die finanziellen Auswirkungen der Schulsozialarbeit herausstreichen: Es entspricht der Tatsache, dass in der Stadt Schaffhausen vermehrt teure Fremdplatzierungen eingeleitet werden müssen. Die Kosten einer einzigen Fremdplatzierung sind enorm. Sie bewegen sich für nur einen Schüler oder für nur eine Schülerin zwischen Fr. 10'000.-- bis Fr. 13'000.-- pro Monat. Ich erlaube mir zu sagen, dass mit einer guten Schulsozialarbeit, wo immer möglich, diese teuren Fremdplatzierungen verhindert werden können. So gesehen ist die Vorlage eigentlich sogar kostengünstig.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch einen Ausblick in die Zukunft:

Die geplanten Massnahmen mit der Schulsozialarbeit in der Realschulstufe setzen sehr spät ein. Nach einer ersten Projektphase sollte die Möglichkeit einer Ausdehnung der Schulsozialarbeit auf die unteren Schulstufen in Betracht gezogen werden. Wie bereits erwähnt, wird die FDP/JFDP/CVP-Fraktion diese wichtige Vorlage unterstützen. Ich bitte Sie, dies auch zu tun und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. "

Dr. Paul Bösch (OeBS)**Fraktionserklärung OeBS/EVP ***

"Es wird Sie nicht erstaunen, dass auch unsere Fraktion geschlossen hinter dieser Vorlage steht."

Käthi Tanner-Winzeler (SP)**Fraktionserklärung SP/AL ***

"Ich möchte nicht näher auf das Konzept der Schulsozialarbeit eingehen, dieses haben Sie vor sich liegen und hoffentlich alle gelesen. Der Präsident der SPK ist in seiner Eintretensdebatte bereits detailliert darauf eingegangen.

Die SP/AL-Fraktion begrüsst die Einführung von Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen. Nach Annahme dieser Vorlage werden 170 Stellenprozent für Schulsozialarbeit zur Verfügung stehen. Lehrpersonen werden in der Arbeit mit schwierigen SchülerInnen von Fachpersonen unterstützt. Die Lehrpersonen können sich so vermehrt wieder ihrem Kerngeschäft, dem Unterrichten, widmen. Auch das Team in unserem Schulhaus wird von diesen Fachpersonen profitieren können. Wir sind dankbar für die professionelle Unterstützung, und ich weiss von andern Teams, die auf diese Entlastung dringlichst warten.

Während den Beratungen in der SPK wurde von allen Beteiligten die Notwendigkeit von Schulsozialarbeit eingesehen, gleichzeitig aber auch beklagt, dass sich unsere Gesellschaft so entwickelt hat, dass dies nötig wird. Ich möchte auf den „Präsidentenspruch“ der letzten Ratssitzung zurückkommen. Zitat: *„Laufe nicht der Vergangenheit nach und verliere dich nicht in der Zukunft. Die Vergangenheit ist nicht mehr, die Zukunft ist noch nicht gekommen. Das Leben ist hier und jetzt.* (Buddha).

Es hat tatsächlich keinen Sinn der Vergangenheit nachzutruern und ich bin froh, dass die zuständigen Personen von Schul- und Heimreferat uns diese sehr gute Vorlage präsentieren. Die Zahlen beweisen es: Bereits die Verhinderung von 1 -2 Fremdplatzierungen machen das ausgegebene Geld wieder wett. Erfahrungen aus andern Städten und Gemeinden zeigen, dass Schulsozialarbeit massgeblich zur Entspannung von schwierigen Situationen beiträgt. Das systemische Arbeiten, das heisst der Einbezug des ganzen Umfeldes (Familie, Schule, Freundeskreis) eines Schülers, einer Schülerin mit Schwierigkeiten trägt dazu bei, dass nicht nur eine „Pflasterli- oder Notfallpolitik“ betrieben wird, sondern dass die Probleme tiefer angepackt werden.

Diese Vorlage sieht die Einführung von Schulsozialarbeit an der Realschule vor, dort, wo es zurzeit am meisten brennt. Ich denke, wir werden mit der Zeit kaum darum herumkommen, auch an den andern Stufen Schulsozialarbeit einzuführen. Je früher bei sich abzeichnenden Problemen professionelle Unterstützung geboten werden kann, desto kleiner fallen die Folgewirkungen und auch die Folgekosten aus.

Unsere Fraktion unterstützt die Idee die Schulsozialarbeit mit Leistungsvereinbarung zwischen Schul- und Sozialreferat beim Sozialreferat anzusiedeln. Somit ist die Neutralität zwischen Eltern, Kindern und Schulbehörde gewahrt.

Zum Schluss bleibt mir noch den an der Ausarbeitung der Vorlage beteiligten Personen ein grosses Dankeschön auszusprechen. Sie haben sorgfältige und fundierte Arbeit geleistet. Ebenso möchte ich dem Kommissionspräsidenten Paul Bösch für die umsichtige und kompetente Leitung der SPK, Stadtrat Thomas Feurer, Brigitte Trösch, und Werner Bächtold für die Unterstützung während den Beratungen danken. Der Dank gilt ebenso der Protokollführerin Illona Keller.

Es wird Sie nicht erstaunen, dass die SP/AL-Fraktion dieser Vorlage geschlossen zustimmen wird und sich wünscht, dass das Projekt so bald wie möglich gestartet werden kann. "

Erwin Sutter (EDU)**Fraktionserklärung SVP/JSVP/EDU ***

"Der Anstoss für diese Vorlage ist von der Lehrerschaft selbst gekommen, speziell von den Reallehrern. Die Situation in den Schulen hat in den letzten Jahren immer dramatischere Züge angenommen. Es wird angenommen, dass etwa 15% und teilweise mehr der Schüler sich in sozialen Problemsituationen befinden, die ihren Niederschlag in der Schulstube in irgendeiner Form finden. Es wird für die Lehrer unter diesen Umständen zunehmend schwieriger, die Lehrziele überhaupt zu erreichen, und sie wünschen sich Unterstützung bei der Lösung der sozialen Probleme.

In den Realklassen treten diese aus Altersgründen (Pubertät) naturgemäss gehäuft auf. Hier ist auch der Anteil der Schüler aus schwierigen sozialen Verhältnissen am grössten. Mangelnde Integration des zahlenmässig grossen Anteils an Ausländerkindern und Erziehungsprobleme von Eltern, die zu beiden Teilen arbeiten und sich daher zu wenig um die Kinder kümmern, kommen dazu. Diese Kinder sind oftmals sich selbst überlassen und verbringen grosse Teile ihrer Freizeit vor dem Fernseher oder Computer, was das soziale Verhalten alles andere als fördert. Wir sehen uns heute massiv mit den Problemen einer immer stärker werdenden Zerrüttung unserer Gesellschaft konfrontiert und ernten die Früchte des Zeitgeistes, dessen Maxime die totale Freiheit der Lebensform ist.

Der Lösungsansatz, der in der Vorlage vorgestellt wird, zielt auf eine professionelle Entlastung der Lehrer in Bereichen, wo gestörtes soziales Verhalten wieder in geordnete Bahnen gelenkt werden soll. Es geht neben der Entlastung der Lehrer darum, stark verhaltensauffällige Schüler vom Ausschluss aus der Schule zu bewahren und die Platzierung in ein Heim zu verhindern. Die Kosten für eine Fremdplatzierung liegen bei über Fr. 100'000 pro Jahr. Das bedeutet, dass die jährlichen Kosten der Schulsozialarbeit bereits bezahlt sind, wenn zwei Jugendliche nicht fremd platziert werden müssen, abgesehen von weiteren Folgekosten, wenn diese Schüler ihren Schulabschluss nicht schaffen und anschliessend langfristig sozialhilfeabhängig werden. Es handelt sich hier also um Sozialhilfe und nicht um Bildungsarbeit. Deshalb sind die zu schaffenden Stellen dem Sozialamt angegliedert.

In vielen Fällen soll auch eine Unterstützung der Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe gesucht werden, wie dies vom Jugendleitbild gefordert wird. Ein Plus der Schulsozialarbeit liegt nun gerade darin, dass sie in die Präventionsarbeit eingebunden wird. Bei schwierigen Familienverhältnissen, etwa bei Überforderung der Eltern in ihrer Erziehungstätigkeit, können gezielt Hilfen angeboten werden und zwar dort, wo es bereits klare Indikationen für schwierige Situationen gibt. In diesem Sinne handelt es sich nicht nur um Symptombekämpfung, sondern wenigstens partiell auch um Hilfestellungen an den Wurzeln der Probleme, etwa bei den Eltern.

Die Leistungsziele des Schulsozialarbeiters oder -arbeiterin sind ausserordentlich anspruchsvoll. Neben einem voll gepackten Rucksack an Aufgaben sieht er oder sie sich einer fast unüberschaubaren Fülle von öffentlichen und privaten Institutionen

gegenüber, die in irgendeiner Form Hilfeleistungen anbieten. Es ist für mich deshalb einleuchtend, dass die zwei Stelleninhaber in ihrer Arbeit durch eine geeignete Stelle im Sozialdienst geleitet werden (geplant sind 10 Stellenprozent für die Projektleitung). Sie brauchen übergeordnete Ansprechpersonen, damit sie nicht in kurzer Zeit, wie man so sagt, "verheizt" werden.

Ich kann Ihnen bekannt geben, dass unsere Fraktion grossmehrheitlich auf die Vorlage eintreten wird, vereinzelt wird es auch Stimmhaltungen geben. Die Mehrheit hat sich überzeugen lassen, weil erwartet werden kann, dass der Nutzen der Vorlage die Kosten mehr als kompensieren wird.

Danken möchte ich Paul Bösch, der die Kommissionsarbeit umsichtig und ausgewogen präsidiert hat. "

Marlies Besio (CVP)

Votum *

"Die sich verschärfenden sozialpädagogischen Problemstellungen der Volksschulen und die damit verbundene steigende Belastung der Lehrerschaft haben zu einem massiven Ausbau von Schulsozialarbeit geführt. Es ist eine Form der Jugendhilfe, die gefährdeten Jugendlichen durch Präsenz "vor Ort" aufzufangen.

Über kaum ein Thema wird in den letzten Jahren so kontrovers diskutiert wie über die Schule. Es entstehen dauernd neue Konzepte, neue Massnahmen, oder Fragen, wie bei Lehrkräften eine einführende Haltung gegenüber den Schülerinnen und Schülern gefördert werden kann. Es wird gefordert, die Schule solle sich endlich auf ihr Kerngeschäft *Unterricht* zurückbesinnen und der Überpädagogisierung ein Ende setzen.

An den Lehrkräften gehen diese Diskussionen nicht spurlos vorbei. Seminare widmen sich dem Thema "Burnout".

Kindergärtnerinnen, Kindergärtner und Lehrkräfte brauchen Hilfe. Einerseits sind sie primär für das schulische Lernen zuständig, andererseits fordern komplexe soziale Problemfälle spezialisiertes Fachwissen und Erfahrung.

Es ist deshalb dringend notwendig, das Projekt "Schulsozialarbeit in den Realschulen" zu starten. Eigentlich sollte diese Betreuung weit früher eingesetzt werden können, spätestens mit dem Eintritt in die Schule, vereinzelt sollte sie schon im Vorschulalter verfügbar sein.

Die Schulsozialarbeit wirkt auf drei verschiedenen Ebenen unterstützend:

1. Beim Kind und Jugendlichen
2. Bei den Eltern
3. Bei den Lehrpersonen

Erfahrungsgemäss lassen sich mit der Schulsozialarbeit Schulausschlüsse und Fremdplatzierungen mit enormen Kostenfolgen weit gehend vermeiden. Die CVP wird deshalb dieser Vorlage des Stadtrates zustimmen. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP)**Votum**

"Ich möchte an dieser Stelle Folgendes geklärt haben: Wir haben selbstverständlich die Möglichkeit, uns zuerst die Fraktionserklärungen anzuhören. Daran halten wir uns. Ich möchte nicht erneut die Diskussion darüber beginnen, ob jetzt für uns die CVP auch noch spricht oder nicht. Unsere Fraktionssprecherin hat für die FDP/JFDP und auch für die CVP gesprochen. Es haben somit alle Fraktionssprecherinnen und -sprecher ihre Fraktionserklärungen verlesen. Nun haben sich weitere Sprecherinnen und Sprecher gemeldet. Es ist an Ihnen, Herr Präsident, dass zuerst der Stadtrat das Wort hat, Stellung nehmen kann und danach werden weitere Wortmeldungen angehört. Das ist eine Führungsaufgabe, die Sie als Präsident wahrzunehmen haben. Bitte klären Sie die Frage, wann diese weiteren Wortmeldungen gehalten werden dürfen. "

Der **Ratspräsident** weist in seiner Stellungnahme daraufhin, dass diese Frage tatsächlich geklärt werden müsse. Es besteht die Möglichkeit, zuerst den Kommissionsbericht (SPK oder GPK) anzuhören, danach folgen die Fraktionserklärungen, mit einer Sprecherin oder einem Sprecher, und anschliessend die Stellungnahme seitens des Stadtrates. Am Schluss dieser Reihenfolge kann sich das Parlament zu Wort melden. Diese Praxis ist jedoch auch früher nicht immer zur Anwendung gekommen.

Esther Bänziger (SP) empfiehlt der FDP, eine *interne* Lösung in der Fraktionsgemeinschaft FDP/JFDP und CVP anzustreben. Die Votantin ist nicht der Meinung, dass dies Aufgabe des Ratspräsidenten sei.

Peter Möller (SP) macht beliebt, dass die Eintretensdebatte nicht durch die Stellungnahme des Stadtrates künstlich unterbrochen werden soll. Das Büro muss in erster Linie darauf achten, dass zuerst die Fraktionserklärungen erfolgen. Danach können sich weitere Rednerinnen und Redner zu Wort melden, die unter Umständen eine von ihrer Fraktion abweichende Meinung vertreten, zum Beispiel für Nichteintreten plädieren wollen. Diese Information könnte unter Umständen für die zuständige Stadträtin oder den zuständigen Stadtrat wichtig sein. Die Reihenfolge ist somit klar gegeben. "

Rolf Amstad (SP) bestätigt anschliessend die von Peter Möller (SP) ausgeführte Reihenfolge.

Dr. Raphaël Rohner (FDP)**Votum**

"Ich hoffe, Sie nicht zu langweilen, wenn ich mich auch noch zu diesem Thema äussere. Wie Peter Möller bereits ausführte, haben wir alle das gute Recht, zum Eintreten zu sprechen. Geniessen Sie heute Abend doch die Tatsache, dass wir mit Einmütigkeit hinter einer guten Sache stehen können. Es ist sehr wichtig in der Öffentlichkeit zu kommunizieren, dass das Parlament, unabhängig von parteipolitischen Schranken, hinter dieser Vorlage steht.

Ich möchte jedoch noch auf einen zusätzlichen Aspekt aufmerksam machen, nämlich auf die Pflicht der Erziehungsberechtigten oder erziehungsverpflichteten Eltern. Wir haben heute Abend verschiedentlich festgestellt, dass es daran fehlt. Die Gründe, die dazu führen, sind vielfältig: Fragen der Bildungsferne, der Fremdsprachigkeit, der zerrütteten Familienverhältnisse, der fehlenden beruflichen oder anderweitigen

Integration. Es gibt sehr wohl Familien, wo die angeführten Gründe nicht zutreffen und wo wir uns mit einer oft schichtunabhängigen Wohlstandsverwahrlosung konfrontiert sehen. Es ist sehr beklagenswert, dass wir heute zu solchen Massnahmen wie Schulsozialarbeit greifen müssen und uns ein Spiegel vorgehalten wird, in dem sich eine wie von Erwin Sutter geschilderte gesellschaftliche Situation widerspiegelt. Wir müssen die Lehrpersonen entlasten und die Jugendlichen darin unterstützen, dass es ihnen möglich ist, einigermassen in Ruhe ihren Schulweg beenden zu können.

Es gibt sehr wohl auch im Schulgesetz gesetzlich verankerte Regelungen, welche die Eltern im Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit den Lehrkräften und entsprechende Unterstützung ihrer Kinder während der Schulzeit in Pflicht nehmen. Im Weiteren existieren im Schweizerischen Zivilgesetzbuch die oft nicht sehr populären Kinderschutzmassnahmen. Wir sollten den Mut haben, von diesen gesetzlichen Massnahmen Gebrauch zu machen und dort, wo es nötig ist, geeignete Zwangsmassnahmen gegenüber Eltern, die diesen Pflichten nicht nachkommen, anzuordnen. Dies wird in der Stadt Schaffhausen durch die Vormundschaftsbehörde unter dem Vorsitz des Sozialreferenten sehr gut und aktiv durchgeführt. In breiten Kreisen der Öffentlichkeit wird allerdings sehr oft ohne Wissen der Hintergründe die Anwendung solcher behördlicher Massnahmen scharf kritisiert. Ein Hinterfragen des Verhaltens der Eltern wäre sehr wohl auch angezeigt. "

Christa Flückiger (SP)**Votum**

"Wenn ich Raphaël Rohner zuhören, wird mir bewusst, dass mit breit angelegter Elternbildung zusätzliche Unterstützung angeboten werden könnte. Wir verfügen im Kanton Schaffhausen über eine sehr aktive Koordinationsstelle für Elternbildung. Mit einem entsprechenden Antrag könnte diese auf politischer Ebene effizient unterstützt werden, um ein möglichst niederschwelliges Kursangebot für Eltern mit Kindern bereits ab Säuglingsalter bis zur Pubertät zu gewährleisten. Dies würde ermöglichen, der beschriebenen Entwicklung zuvorzukommen und Kleinkindern bis spätestens im Alter von drei Jahren Hilfestellung anzubieten. "

SR Thomas Feurer**Stellungnahme**

"Ich möchte mich für die freundliche Aufnahme dieser nicht ganz einfachen Vorlage bedanken. Ein roter Faden zieht sich durch alle Voten, die wir bisher gehört haben. Es ist das Bedauern darüber, dass es überhaupt eine Schulsozialarbeit braucht. Andererseits sieht man nach umfassender Aufklärungsarbeit die Notwendigkeit sehr wohl ein. Es handelt sich um eine eigentliche Präventionsvorlage, die auf eine sehr grosse Zustimmung gestossen ist und vor allem in der SPK sehr differenziert behandelt wurde, wahrscheinlich auch deswegen, weil viele von Ihnen die geschilderte Problematik aus ihrem persönlichen Umfeld kennen und mit diesen Fragen bereits konfrontiert worden sind. Mein Kompliment und mein Dank richtet sich nicht nur an den SPK-Präsidenten Paul Bösch für seine kompetente Sitzungsführung, sondern auch an die Kommissionsmitglieder für ihre in der Diskussion gezeigte Besonnenheit, obwohl es niemandem - wie in den letzten Voten angedeutet - ganz wohl dabei war. Mit den in dieser Präventionsvorlage vorgestellten Massnahmen soll wie mit einem "Fiebermesser" in den Schulhöfen möglichst frühzeitig eine dringend nötige Intervention angezeigt werden, um den ganzen "Komplex" vor dem Einschalten der Vormundschaftsbehörde, wie zum Beispiel der

Einsatz des Schulpsychologischen und -psychiatrischen Dienstes, Familienbegleitung der pro juventute, jugendanwaltschaftliche Massnahmen und weitere Beratungsstellen, einzuleiten. Dies ist eine der Hauptaufgaben dieser neu geschaffenen Stelle, deren Mitarbeiter im Sozialreferat angegliedert sind. Somit ist eine neutrale Haltung gegenüber der Schule sichergestellt, welche mit einer Zugehörigkeit zum Schulreferat nicht gewährleistet wäre.

Im Hinblick auf die Rolle der Eltern kann ich Ihnen versichern, dass wir keine Möglichkeit offen lassen, diese Eltern - soweit Fremdsprachigkeit, kultureller Umgang mit Bildung, eigene Bildungsferne und Wohlstandverwahrlosungserscheinungen es zulassen - mit einzubeziehen. Diese sehr komplexe Problemstellung kann jedoch auch das Sozialreferat nicht aus der Welt schaffen. Ich möchte an dieser Stelle die anwesende Presse und die Gäste auf der Tribüne auffordern, dieses unbequeme Thema immer wieder anzusprechen und biete Ihnen meine Bereitschaft an, jederzeit aus meinem aussergewöhnlichen Alltag als Sozialreferent zu berichten. Ich bedanke mich nochmals für die gute Aufnahme dieser Vorlage und für die freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem Schulreferat. Hiermit übergebe ich das Wort an den Schulreferenten Urs Hunziker. "

SR Urs Hunziker

Stellungnahme

"Erlauben Sie mir, dass ich als verantwortlicher Schulreferent ebenfalls noch Stellung zur Vorlage "Schulsozialarbeit" nehme. Es geht - zumindest vordergründig - um ein schulisches Anliegen. Ich halte mich äusserst kurz, weil das Wesentliche bereits von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt wurde, vor allem Grossstadträtin Käthi Tanner hat mir die Worte sozusagen aus dem Mund genommen. Ich unterstelle ihr hiermit nicht, dass sie mein Votum abgeschrieben hat, sondern es liegt wohl eher daran, dass wir beide in unserer täglichen Arbeit mit den Problemen, die die schulische Sozialarbeit auffangen soll, konfrontiert sind.

Es bleibt mir nur noch allen sowohl an der Ausarbeitung wie an der Beratung der Vorlage Beteiligten ganz herzlich für die grosse Arbeit zu danken. Ihnen gehört mein Dank für die positive Aufnahme der Vorlage und ich hoffe auf Ihr Eintreten und Ihre Zustimmung zur Vorlage. Mit Ihrem Ja tragen Sie vor allem dazu bei - und dies scheint mir ein wesentlicher Aspekt zu sein - dass all jene Kinder, die problemlos und unauffällig ihre Schulzeit absolvieren, einen adäquaten Unterricht in einem geordneten Umfeld erhalten. "

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.
EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident**, Dr. Paul Bösch (OeBS), verliest die Seiten 1 - 4, die Anträge Seite 5 sowie die Anhänge I Rahmenkonzept, Anhang II Leistungsvereinbarung (mit den Korrekturen aus der SPK) und Anhang III Netz Schulsozialarbeit Schaffhausen/Soziales Schaffhausen der Vorlage vom 19.01.05.

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 19.01.05 betreffend die Einführung von Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

2. Der Grosse Stadtrat genehmigt das Rahmenkonzept "Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen".

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

3. Der Grosse Stadtrat bewilligt einen wiederkehrenden Kredit von Fr. 25'000.-- für die Ausgaben für Projekte, Weiterbildung und Fachberatung.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

4. Der Grosse Stadtrat bewilligt die für die Schulsozialarbeit notwendigen 180 Stellenprozente. Darin enthalten sind 10 Stellenprozente für die Leitung. Er bewilligt für die Monate August bis Dezember 2005 die für die Besoldungen benötigten Fr. 63'887.-- und für die Sozialleistungen Fr. 15'279.--.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

5. Ziffer 3 dieses Beschlusses wird nach Art. 11 Abs. 1 lit d der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 19.01.05, die Anträge sowie die Anhänge I, II und III in der **Schlussabstimmung** mit **45 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 4 Motion Marlies Besio (CVP), Alfons Cadario (EVP), Iren Eichenberger (OeBS), Edgar Mittler (FDP), Rebekka Plüss (AL), Urs Tanner (SP): Attraktives Rheinufer

Marlies Besio (CVP)**Begründung ***

"Urs Tanner hat Entwicklung und Beweggründe der Motion "Attraktives Rheinufer" ausführlich dargelegt. Ich setze voraus, dass alle die Motion gelesen haben, und sie bei euch allen noch präsent ist.

Die Motion verfolgt letztlich das gleiche Ziel wie eine Volksabstimmung:

Die Attraktivität von Schaffhausen als Ausflugsdestination und für die Bewohner zu steigern, indem abzuklären ist, ob und wie die Altstadt mit dem Rheinufer zu

verbinden sei und welche potenziellen Gestaltungsmöglichkeiten das Rheinufer bietet.

Die 1500 Unterschriften für eine entsprechende Initiative sind bemerkenswert und verpflichten. Da sie möglicherweise als ungültig erklärt werden könnte, tritt an ihre Stelle diese Motion. Wenn wir sie annehmen, wird die Volksinitiative zurückgezogen.

Weiter ist festzuhalten: Ein repräsentatives Komitee aus Mitgliedern fast aller Parteien, der Schaffhauser Quartiervereine, der Pro City, des Schaffhauser Architekturforums unterstützt die Idee, das Rheinufer zu attraktivieren und einen direkten Zugang von der Altstadt zum Rhein zu schaffen.

Die Vorteile eines entsprechenden Auftrages an den Stadtrat: Man kann sich konkret mit Gestaltung befassen, statt endlos über juristische Spitzfindigkeiten und Verordnungen zu diskutieren.

Wichtig ist doch jetzt die Frage: Wie gehen wir mit grundsätzlichen Überlegungen zur "Gestaltung des Rheinuferes" um und nicht "Was muss da genau vorgenommen werden und zu welchem Preis?" Ich befürworte deshalb die Motion und den darin formulierten Auftrag an den Stadtrat.

Selbstverständlich erwarten wir vom Stadtrat, dass er bei diesen Überlegungen auch das Problem Galgenbuckeltunnel, die allenfalls in ferner Zukunft stattfindende Internationale Gartenschau und die direkten Zugangsmöglichkeiten aus der Stadt zum Rhein berücksichtigt. Zur Internationalen Gartenschau: Man weiss erfahrungsgemäss, dass solche Events in ihrer Langzeitwirkung oft überschätzt werden. Sie bieten allerdings ein willkommenes Potenzial für nationale Investitionshilfe.

Übrigens, auch Stein am Rhein hat Pläne, das Rheinufer – nicht nur, aber auch im Hinblick auf die Internationale Gartenschau – markant aufzuwerten.

Attraktives Rheinufer = attraktives Schaffhausen, vielleicht neben Munot und Altstadt, ein Touch von Glamour. Nicht immer eine Frage von Geld, sondern von Kreativität.

Wir sollten und müssen dem Stadtrat zutrauen, dass er fähig ist, uns einen gut durchdachten Vorschlag zu präsentieren, ohne gleich nach den Stars zu greifen: Den Bottas, Herzog & de Meurons oder Norman Fosters. Vielleicht eine Gelegenheit und eine Herausforderung für Talente in Schaffhausen und in der weiteren Region.

Was soll eine konsultative Volksabstimmung, also eine Befragung darüber, ob überhaupt etwas zur Attraktivierung von Schaffhausen unternommen werden soll? Sie ist unnötig, schlimmer noch, eine Geldverschwendung. Die Pflicht zu Weitsicht und Initiative, Ideen so weit zu entwickeln und verständlich darzustellen, damit das Volk darüber befinden kann, liegt doch vielmehr bei Parlament und Exekutive.

Man darf sicher – über alle Parteien hinweg – davon ausgehen, dass sich der überwiegende Teil der Schaffhauserinnen und Schaffhauser nicht nur für die Touristen – zwar eine nicht vernachlässigbare Einnahmequelle – sondern auch für sich selber eine möglichst attraktive Stadt wünschen und auch hier unternehmerisches Handeln von Volksvertretern und Behörden erwarten. Und das hat

damit zu tun, kreativ und initiativ zu agieren und nicht nur zu reagieren. Unternehmer wissen auch, dass man längerfristig ohne Investitionen schwer überleben kann.

Eigentlich müssten vor allem Parteien, die sich zu unternehmerischem Denken bekennen, konsequenterweise dieser Motion auch zustimmen. "

Urs Tanner (SP)

Begründung *

"Ich spreche hier eigentlich eher in der Funktion des Sprechers der IG Rheinufer als in der des Fraktionschefs der SP/AL-Fraktion.

Auch die gewollt breite Zusammensetzung der Allianz der einreichenden Motionärinnen und Motionäre, bestehend aus Marlies Besio, Alfons Cadario, Iren Eichenberger, Edgar Mittler, Rebekka Plüss und meiner Person macht aus der Motion nicht ein parteiliches, sondern ein abgestütztes, breites Komitee Rheinufer. So soll es bei diesem für die Stadt wirklich wichtigem Thema auch sein: Kein Parteiengozänk, sondern breiter und getragener Konsens im Volk und auch im Parlament.

Gerne präsentiere ich Ihnen an dieser Stelle nochmals die Überlegungen zu einer Rheinufergestaltung.

Diese Motion beantwortet eigentlich eher das "Wie" (wie gehen wir in Sachen Rheinufergestaltung weiter vor?), als das "Was" (was machen wir eigentlich am Rhein?).

Das "Wie" beinhaltet auch die berechtigte Frage, warum kommen die jetzt noch mit einer Motion, wenn doch schon eine Initiative im Dezember 2004 eingereicht wurde.

Vorteile der Variante Motion plus anschliessendem Rückzug der gleichnamigen Initiative:

Marlies Besio hat es bereits zur diskutierten möglichen Ungültigkeit der Initiative attraktives Rheinufer angetönt, in den Augen einiger Stadtjuristen entspricht die Verordnung der Initiative attraktives Rheinufer nicht der Form einer Verordnung. Sie habe nicht den Charakter einer generell abstrakten Norm.

Dies ist natürlich Unsinn. Die verlangte Verordnung hätte durchaus in der illustren Sammlung städtischer Verordnungen Platz, wo sich sogar 10 Thesen zu Verschönerung der Altstadt unter dem Titel einer Verordnung einordnen lassen.

Ausserdem müsste sich das Parlament auch den Grundsatz "in dubio pro populo" (im Zweifel für das Volk) beherzigen. Das Parlament hätte sich bei der Initiative bei der Frage betreffend der Gültigkeit ausschliesslich an rechtlichen Kriterien zu orientieren, wobei eben im Sinne des Grundsatzes "im Zweifel für das Volk" die Initiative dem Volk vorzulegen sei, wenn eine rechtskonforme Auslegung möglich wäre, was bei der Initiative der Fall wäre. Jetzt plage ich Sie nicht weiter mit dem Konjunktiv, sondern spreche zu unserer Motion.

Sollte diese Motion nicht durchkommen (wovon ich realistischweise heute Abend nicht ausgehe), dürfen und müssen wir uns als Parlament mit der Frage der Gültigkeit der Initiative attraktives Rheinufer so oder so eingehender befassen.

Sollte die Motion angenommen werden, und davon gehe ich eigentlich aus, ist diese Frage obsolet, weil dann die Initiative zurückgenommen würde. Dies ist ja die Grundidee dieser Motion.

Ein weiterer Vorteil des Rückzugs der Initiative und der Annahme der wortwörtlich gleich lautenden Motion wäre, dass wir über die Gestaltung des Rheinuferes und nicht über juristische Einordnungen und Spitzfindigkeiten diskutieren können.

Ein weiterer gewichtiger Punkt der Motion ist, dass wir mit der Variante Motion keine Volksabstimmung über die Verordnung (Initiative) selber, sondern erst über eine konkrete Vorlage Rheinufergestaltung hätten. Wir sparen also Kosten und Zeit. Soviel zu Taktik, Überlegungen und Juristerei.

Zum Inhalt der Motion: Der Stadtrat wird beauftragt, dem Parlament eine Vorlage zur Attraktivierung des Rheinuferes auszuarbeiten.

Das gesamte Rheinufer der Stadt Schaffhausen sei städtebaulich zu attraktivieren und aufzuwerten. Möglichkeiten der Öffnung und Anbindung der Stadt an den Rhein seien aufzuzeigen

Der Stadtrat solle einen zukunftsgerichteten Prozess mit verwaltungsunabhängiger professioneller Führung in Gang setzen, bei dem alle interessierten Gruppierungen, insbesondere breite Bevölkerungskreise, Fachpersonen, Organisationen, Wirtschaft und Gewerbe, eingebunden würden.

Die Öffentlichkeit sei periodisch zu informieren.

Diese Punkte sind eins zu eins in der Verordnung der Initiative attraktives Rheinufer beschrieben, welche von 1500 Schaffhauserinnen und Schaffhausern unterschrieben wurde und wahrscheinlich von ungefähr 40 anwesenden Grossstadträtinnen und Grossstadträten.

Warum ist diese detaillierte Aufzählung so wichtig? Weil dieser Text in einer grossen Rheinuferallianz, bestehend aus Vertreterinnen und Vertreter folgender Gruppierungen erarbeitet und erkrampft wurde:

JFDP, FDP, CVP, OeBS, Alternative Liste, SP, EVP, IG Velo, WWF, alle Quartiervereine, IG Unterstadt, Altstadtverein, Pro City sowie das Architekturforum.

Erlauben Sie mir jetzt, zum Inhalt und der Stossrichtung unserer Motion zu kommen.

Nachdem 2002 diverse Versprechungen rund um die Rheinuferstrasse vom Stadtrat zurückgenommen wurden, und schlussendlich die Motion mit dem Titel "Internationaler Wettbewerb Rheinuferstrasse" im Parlament abgelehnt wurde, hat sich einiges bewegt.

Viele Menschen haben nicht glauben können, dass die Rheinufergestaltung aufgeschoben und das Volk mit der Internationalen Gartenschau vom Jahre 2017 befriedigt werden sollte.

Das Architekturforum wurde aktiv. Das war die Geburt der IG Rheinufer und der Initiative für ein attraktives Rheinufer.

Das Scheitern der Motion 2003 war produktiv. Wir reden heute nicht mehr nur von der Rheinuferstrasse und von einem Wettbewerb, nein, wir reden vom gesamten Schaffhausischen Rheinufer.

Das Scheitern war ebenso produktiv, weil heute praktisch alle Gruppierungen und Parteien dazu stehen, dass am Rhein etwas gehen solle.

Das Scheitern war zum Dritten produktiv, weil wir heute als Parlament die Chance haben, eine Abkürzung zu nehmen, mit dem Rheinufer vorwärts zu machen und das Volk in der Erarbeitung des Schlussberichts und möglicher Projekte partizipieren zu lassen. Ich glaube, sehr viel demokratischer geht es nicht mehr.

Kurzer Abriss, warum Veränderungen am Rheinufer wünschenswert wären:

- Visionen und Ideen sollten auch ausserhalb von Festtagen ihre Berechtigung haben.
- Eine Stadt, die sich sehr stark über den Rhein definiert, will den Rhein auch sehen, beleben, riechen.
- Der Verkehr soll nicht die prominenteste Bühne, die Schaffhausen zu bieten hat, besetzen.

Es ist weniger unsere überparteiliche Motion, die mich begeistert, sondern die Vision eines Zugangs zum Rhein, wie auch immer dieser bewerkstelligt werden kann. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie den Überlegungen der sieben Motionärinnen und Motionäre folgen und zustimmen könnten. Wie Sie sich denken können, ist auch die SP/AL-Fraktion mit der grösstmöglichen Mehrheit von 17 : 0 Stimmen für diese Motion. "

SR P. Kämpfer

Stellungnahme *

"Mit ihrem Vorstoss weisen die Motionäre auf ein wichtiges städtebauliches Gebiet hin, welches den Grossen und den kleinen Stadtrat in der Vergangenheit schon einige Male beschäftigt hat, und dies auch in Zukunft noch tun wird.

In der Tat liegt im Bezug unserer Altstadt zum Rhein ein städtebauliches Handlungspotenzial brach, dessen Verbesserung unsere Aufgabe ist. Insofern versteht der Stadtrat die Anliegen der Motionäre und kann sich mit der Stossrichtung ihres Anliegens einverstanden erklären. Nur Wie, Wann und Womit das Anliegen schlussendlich umgesetzt werden kann, ist dann nicht mehr so einfach. Doch dazu komme ich später.

Dass Schaffhausen die Entstehung dem Rhein, eigentlich dem Rheinfluss, verdankt, ist uns bewusst. Der Handel und das Umladen von Handelsgütern haben den Flecken Schaffhausen entstehen lassen, und die Anbindung der Stadt an den Rhein war damals von grösster Bedeutung, wenn auch aus anderen Gründen als heute. Mit der Verlagerung des Warentransportes auf Schienen und Strassen wurde der Rhein

als Wasserweg uninteressant, und die Stadt drehte dem Rhein quasi den Rücken zu. Entlang des Rheines entstanden die ersten industriellen Bauten der Stadt. In den Quartieren am Rhein, von häufigen Überschwemmungen geplagt, wohnten die ärmeren EinwohnerInnen. Durch Kraftwerk- und Strassenbau sind die Ufer eintöniger und jeder Natürlichkeit beraubt worden.

Die heutige Generation dagegen erkennt im naheliegenden Fluss eine hohe Lebensqualität und einen wichtigen Standortvorteil für unsere Stadt. Städte ohne See- oder Flussanstoss gelten bei Wohnungssuchenden als out. Ob zum Wohnen, Flanieren, Erholen oder Sporttreiben, ein See- oder Flussanstoss gehört heute zum urbanen Leben und ist Zeichen einer hohen Standortqualität.

Wer an einem schönen Tag am Lindli spaziert, kann dies nachvollziehen. Die moderne Freizeitgesellschaft zieht es ans Wasser. Die Attraktivität einer solchen Anlage ist sehr gross und von Schaffhausen nicht wegzudenken.

In Schaffhausen ist die direkte Anbindung der Altstadt an den Rhein tatsächlich nicht befriedigend gelöst. Vom Freien Platz her ist der Zugang für FussgängerInnen mit wenigen Hindernissen noch nicht zufriedenstellend gelöst. Ansonsten fehlt die direkte Anbindung gänzlich, und die Rheinuferstrasse ist meistens dasjenige Hindernis, welches uns vom Rheinufer trennt. Die Rheinuferstrasse ist heute eine wichtige Verkehrsachse, die aus dem städtischen Strassennetz nicht mehr wegzudenken ist. Mit der allgemeinen Verkehrszunahme und dem geplanten Galgenbucktunnel wird die Verkehrsbelastung noch zunehmen. Dies wird auch aus der Sicht des Kantons Schaffhausen so gesehen. Im Entwurf zur Anpassung 2004 des kantonalen Richtplanes 2001 wird darum festgehalten: *"Die Rheinuferstrasse ist eine der am stärksten belasteten Strassen in der Stadt. Es ist eine Verkehrszunahme zu erwarten. Die Rheinuferstrasse wirkt städtebaulich stark trennend und verhindert eine Öffnung der Altstadt von Schaffhausen zum Rhein. Es sind Lösungsansätze für eine stadtraumverträglichere Gestaltung/Situierung der Rheinuferstrasse in den Stadtraum zu suchen. Die Funktion der Rheinuferstrasse als Teil des übergeordneten Strassennetzes ist dabei zu berücksichtigen. Entlastungen können sich durch andere Strassenbauprojekte ergeben."* Zitatende.

Schaffhausen ist mit der städtebaulichen Problematik nicht alleine. Wer den Vergleich mit schweizerischen und europäischen Städten macht, kann feststellen, dass früher an vielen Orten die gleichen städtebaulichen Fehler gemacht wurden. Ufer wurden verbaut und Hauptstrassen entlang des Ufers gebaut. Oft wird diese Entwicklung rückgängig gemacht. In Zürich ist der Limmatquai nach langer Planung für den Verkehr gesperrt worden. In Italien werden in den Städten Küstenstrassen mindestens stundenweise geschlossen, damit flaniert werden kann. In Lyon, Bordeaux und Orléans sind grosse Projekte für die Verbesserung der Zugänglichkeit zu den Flussufern am Entstehen. In Paris wird im Sommer sogar Sand an die Ufer der Seine gekarrt, damit ein Strandfeeling entsteht.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass die verbesserte Anbindung der Altstadt an den Rhein und die Rheinpromenade ein wichtiger Standortvorteil für den Wohn- und Arbeitsort Schaffhausen ist. Wir wollen zudem mit einer verbesserten Durchlässigkeit vermehrt TouristInnen vom Rheinradweg in unsere Stadt locken. Der Stadtrat setzte sich darum das Ziel, die Zugänglichkeit zum Rhein zu verbessern und auch die Ufergestaltung zu attraktivieren.

In diesem Punkt stossen die Motionäre mit ihrer Hauptforderung *"das gesamte Rheinufer der Stadt Schaffhausen sei städtebaulich zu attraktivieren und aufzuwerten. Möglichkeiten der Öffnung und Anbindung der Stadt an den Rhein seien aufzuzeigen"* beim Stadtrat offene Türen auf.

Es ist vermutlich auch so, dass diese Forderung der Motionäre wohl jede Schaffhauserin und jeder Schaffhauser unterstützen könnte, die Liebe der SchaffhauserInnen zum Rhein ist gross, und der Genuss der autofreien Rheinuferstrasse anlässlich "sh 500" ist noch bei vielen in guter Erinnerung.

Was viele Fragen offen lässt, ist das "Wie" der Planung, Umsetzung und Bezahlung. Es ist tatsächlich nicht einfach sich vorzustellen, wie diese Attraktivierung angegangen werden kann, denn der Begriff ist relativ breit und allgemein verbindlich. Gestatten Sie darum die folgenden Ausführungen, wie sich der Stadtrat die weiteren Schritte vorstellen könnte:

Die Idee, für die Altstadt eine bessere Anbindung an das Rheinufer zu finden, ist faszinierend. Ungeachtet der bestehenden Hindernisse des Kraftwerkes, der Rheinuferstrasse mit dem Energiekanal, sollen alle Möglichkeiten breit abgestützt abgeklärt werden. Voraussetzung dazu ist, dass man sich gedanklich vom "Machbaren" (aus finanzpolitischer Sicht) in einer ersten Phase loslöst.

Mögliche Ansatzpunkte für die Planung sind:

Die bauliche Rheinfront ist durch Bauten der ersten Industrialisierung geprägt, welche sich vom Rhein abwenden. Mit ihrem Neubau hat die IWC aufgezeigt, dass eine Akzentverschiebung möglich ist. Mit dem heute bewilligten Baurecht wird eine weitere Verbesserung der städtischen Silhouette zum Rhein erzielt.

Weiter sind in ähnlicher Form denkbar: Eine moderne Lösung "Brückenkopf" und eine Ergänzungsbaute im Bereich des Kammgarnhofes.

Wieweit sich die Rheinuferstrasse partiell überbauen lässt, ist offen und muss genauer untersucht werden. Klar ist auch, dass bei einer Überbauung der Rheinuferstrasse oder einer Teilabsenkung die Kapazitäten der Strasse nicht geschmälert werden können. Die Projektierungshoheit liegt bei der Stadt. Der Kanton müsste sich an der Finanzierung beteiligen, da es sich um eine Kantonsstrasse handelt und hat Verhandlungsbereitschaft signalisiert.

Bei den angestrebten Massnahmen muss unser oberstes Ziel sein, gesamthaft eine Win-win-Situation zu schaffen mit

- a) einer Aufwertung der Rheinfront
- b) der Schaffung von hochwertigen Nutzflächen für Wohnungen am Rhein
- c) besseren Zugängen und ausgebauten Erlebnisbereichen am Rheinufer.

Im Fokus der Massnahmen steht der ganze Bereich von der Rheinbrücke A4 bis zum Lindli (Gaswerk). Würde nur der Bereich Altstadt betrachtet werden, wäre das Kosten-/Nutzenverhältnis tendenziell eher negativ.

Für den Stadtrat ist klar, dass diese Projekte nur eine Chance haben, wenn alle interessierten Kräfte konzentriert werden und ein offenes Verfahren gewählt wird. Hierzu äussern sich auch die Motionäre, indem sie vom Stadtrat verlangen, er solle einen zukunftsgerichteten Prozess mit verwaltungsunabhängiger, professioneller Führung in Gang setzen, bei dem alle interessierten Gruppierungen, insbesondere breite Bevölkerungskreise, Fachpersonen, Organisationen, Wirtschaft und Gewerbe, eingebunden würden.

Der Stadtrat ist einem solchen Verfahren nicht abgeneigt und wird im Rahmen des Berichtes über die weiteren Planungsschritte Ihnen den Antrag unterbreiten, wie diese Schritte erfolgen sollen. Klar ist auch, dass, bevor im Rahmen der Planung ein Wettbewerb ausgeschrieben wird, über die Grundlagen und konkrete Absichten eines allfälligen Wettbewerbes Klarheit bestehen muss. Ansonsten bauen wir eine Sandburg oder ein Luftschloss.

Wie soll nun die Planung aus Sicht des Stadtrates weiter verlaufen?

Ein wichtiger Mosaikstein im Prozess ist die Bewerbung der Bodenseeregion für die Durchführung der IGA 2017. Mit 19 Gemeinden rund um den Bodensee bewirbt sich Schaffhausen für die Teilnahme an der Internationalen Gartenbauausstellung im Jahr 2017. Eines der Hauptthemen der IGA-Kommunen ist ihre Beziehung zum Wasser. Einige von ihnen liegen direkt am See, andere liegen an einem der zum Bodensee hinführenden Flüsse. Schaffhausen nimmt hier eine Sonderstellung ein, indem es am einzigen aus dem Bodensee ausfliessenden Fluss, dem Rhein, liegt. Es sind insgesamt 4 Ausstellungsschwerpunkte geplant.

So ist es naheliegend, dass sich das Schaffhauser IGA-Projekt auf den Flussraum bezieht. Die äusserst beliebte Grünanlage Lindli zeigt, wie wichtig ein gut nutzbarer städtischer Freiraum ist. Die Zugänglichkeit zum und entlang dem Wasser steht im Vordergrund. Eine Abfolge von Gärten und Grünräumen, dem "Giardino lungo", soll sich von der Büsinger Grenze bis zum Rheinfall erstrecken. Darin eingebettet sind mehrere sogenannte "Eventpunkte", die intensivere Gestaltungsmöglichkeiten und vertiefte Inhalte bieten können. An die langgestreckte Grünanlage angrenzend sind diverse Orte mit grossem Aufwertungspotenzial. Gaswerkareal, Schauweckergut, Freier Platz und viele andere, auch der Kammgarnhof. Die Rheinuferstrasse bildet den Kulminationspunkt der Aufwertungsmassnahmen längs dem Wasser und zur Altstadt.

Diese Projekte benötigen für deren Entwicklung und Umsetzung den langen Zeithorizont. Ziel der IGA ist, analog dem deutschen System, für die Investitionen neben der Stadt auch den Kanton, Bund und weitere Kostenträger einbinden zu können. Mit dem IGA-Projekt kann die Diskussion in breite Bevölkerungskreise und Interessengruppen getragen werden. Unter Berücksichtigung aller nötigen Vorabklärungen ist der Planungshorizont von 12 Jahren sogar eher kurz.

Am nächsten Freitag findet in München die Übergabe des Bewerbungsdossiers für die IGA statt. Im September ist der Vergabeentscheid zu erwarten.

Natürlich werden sich, im Falle einer positiven Entscheidung der IGA, nicht alle Anliegen von selber lösen, aber die IGA wird ein wichtiger Hebel für das Vorantreiben der anzupackenden Massnahmen sein. Zwar werden Sie zu bedenken geben, eine

Gartenausstellung hätte nichts mit städtebaulicher Aufwertung zu tun. Dem ist nun aber nicht so, denn das Ziel der IGA ist es, Projekte zu fördern, welche eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung zur Folge haben. Wir haben Ihnen heute einen Auszug aus dem Bewerbungsdossier aufgelegt. Daraus ersehen Sie, dass schon viele Möglichkeiten zur Aufwertung des Rheinuferes skizziert sind.

Erst nach der Entscheidung, ob der Raum Bodensee die IGA zugesprochen erhält, ist es für den Stadtrat möglich, die künftige Projektorganisation aufzubauen. Bei einer positiven Entscheidung wird die Organisation zum Schaffhauser Teilprojekt für die IGA auf die Beine gestellt werden. Sollte der Raum Bodensee nicht berücksichtigt werden, wird sich der Stadtrat bei der weiteren Planung auf eine kleinere Projektorganisation abstützen. Auf alle Fälle möchte er aber die Ansatzpunkte für die städtebaulichen Aufwertungen, wie sie im Eingabeprojekt zur IGA enthalten sind, aufnehmen und weiterverfolgen und kann damit die Forderung der Motionäre abdecken.

So oder so wird es einen längeren planerischen Prozess brauchen, um die verschiedenen Massnahmen aufzugleisen, die Kosten zu ermitteln und die notwendigen Mittel dafür bereitzustellen. Da es leider unwahrscheinlich ist, dass der Goldsegen der Nationalbank hierfür eingesetzt wird, sind die finanziellen Aufwendungen ein wichtiger Bestandteil der Planung. In die Planung müssen zudem die verschiedenen Partner, wie der Kanton, das Elektrizitätswerk und Private einbezogen werden.

Der Stadtrat wird in einem Bericht und Antrag zum weiteren Vorgehen Stellung nehmen und dieses skizzieren. Auf alle Fälle werden die StimmbürgerInnen der Stadt Schaffhausen dann befragt werden, denn die Finanzkompetenzen von Stadtrat und Grosse Stadtrat sind ja eher bescheiden. Ohne der Motion Hauser vorgreifen zu wollen, wird das Anliegen des Motionärs auf diese Art in passender Form erfüllt werden, ob dies in Form einer Konsultativ- oder einer verbindlichen Abstimmung geschehen soll, kann der Grosse Stadtrat dazumal bestimmen.

Der Stadtrat kann Ihnen aus den genannten Gründen die Entgegennahme der Motion Besio und Mitunterzeichner empfehlen. Sie würde dem Stadtrat bei der weiteren Planung für einen besseren Zugang zum Rhein, wie auch bei der Kandidatur für die IGA 2017, den Rücken stärken, unserer Stadt eine Chance für eine zukunftsorientierte Entwicklung eröffnen und ein positives Zeichen setzen.

Auch wenn er sie nicht bestellt hat, kommt dem Stadtrat die Motion also nicht ungelegen. Der Grund, warum die Motion eingereicht wurde, lag in einer Besprechung mit den Initianten der eingereichten städtischen Initiative für ein attraktives Rheinufer. Auch wenn das Anliegen der Initianten, welches gleich lautend mit dem Motionstext ist, dem Stadtrat aus den erläuterten Gründen sympathisch ist, kam die Stadtkanzlei bei der Prüfung der materiellen Gültigkeit zum Schluss, dass die Initiative in dieser Form als ungültig zu erklären ist, weil die Forderung der Initiative nach dem Erlass einer Verordnung alleine für die Realisierung dieses Anliegens gegen übergeordnetes Recht verstösst.

Wir haben das Initiativkomitee über diese Schlussfolgerung informiert und sind im gemeinsamen Gespräch zum Schluss gekommen, das jetzt gewählte Vorgehen einzuschlagen. Somit kann die Initiative zurückgezogen werden, und ein unschönes

rechtlich/politisches Gezänk zu einem Thema, das in der allgemein formulierten Form unbestritten ist, vermieden werden.

Der Stadtrat empfiehlt Ihnen also die Überweisung der Motion Besio. "

Edgar Mittler (FDP)

Votum *

"Ich entschuldige mich für meine Ungeduld, dass ich mich zu früh zu Wort gemeldet habe. Diese Ungeduld hat mich wahrscheinlich auch zur Unterzeichnung der Motion getrieben. Unsere Fraktion hat sich ausführlich mit ihr auseinandergesetzt. Uns ist die Attraktivierung des Rheinufers ein grosses Anliegen, umsomehr als die Inbetriebnahme des Galgenbucktunnels Mehrverkehr generieren wird. Allerdings konnten wir uns mit dem von Urs Tanner und den weiteren Mitunterzeichnenden vorgeschlagen Weg nicht anfreunden. Uns stört die Tatsache, dass bei einer Erheblichkeitserklärung dieser Motion der Stadtrat verpflichtet wird, die ganze Planungsmaschinerie in Bewegung zu setzen und damit Kosten, die in die Hunderttausende gehen, zulasten der Stadt generiert werden.

Wir haben die grosse Befürchtung, dass bei einer verspäteten eventuell negativen Volksabstimmung ein zweites Herrenacker-Debakel entstehen könnte, und wir viel Geld und Aufwand in den Sand setzen. Wir haben noch nicht über die endgültigen Kosten gesprochen, Schätzungen gehen von mind. Fr. 10 Mio. aus. Deshalb hat sich die FDP/JFDP/CVP-Fraktion grossmehrheitlich, mit einigen Enthaltungen, entschlossen, den Weg einer konsultativen Volksabstimmung zu gehen und eine entsprechende Motion eingereicht.

Falls das Volk zustimmt, was wir hoffen, haben wir ein klares Bekenntnis der EinwohnerInnen dieser Stadt, und die hohen Planungskosten wären legitimiert. Meine persönliche Haltung deckt sich mit derjenigen meiner Fraktion. Ich war und bin ein begeisterter Befürworter der Volksinitiative. Mich haben die juristischen Haben zwar geärgert, aber ich habe die Motion unterschrieben, weil ich in Schaffhausen etwas bewegen möchte. Ich möchte wirklich wieder einmal eine Vision in Schaffhausen, ein Ziel, das es mit allen Mitteln zu erreichen gilt. Über den Weg, wie wir zu diesem Ziel kommen, kann man diskutieren.

Ich wurde verschiedentlich angefragt, ob ich aus der IG Rheinufer ausgetreten sei. Das ist natürlich nicht so. Ich stehe voll und ganz hinter der Attraktivierung dieses Stadtteils. Über den Weg, wie wir dies erreichen wollen, habe ich mich letztlich von einer vorgängigen Volksabstimmung überzeugen lassen. Ich werde mich deshalb bei der auch von mir unterzeichneten Motion enthalten und die von Thomas Hauser eingereichte Motion unterstützen. "

Josef Eugster (SVP)

Votum

"Diese ganze Geschichte mit der Attraktivierung des Rheinufers beschäftigt uns seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten. Es stört mich nach wie vor, dass am falschen Ort begonnen wird. Es geht um den zweitletzten Abschnitt: " *das gesamte Rheinufer* ...", was ich unterstützen kann. Solange jedoch kein gesamtes Verkehrskonzept vorliegt und das Problem Verkehrsachse zwischen Brückenkopf und Grabenstrasse nicht gelöst ist, dürfte es schwierig werden. Jeder investierte Franken wäre daher eine Fehlinvestition. "

Rebekka Plüss (AL)**Votum ***

"Ich möchte nicht mehr viel sagen, da es ja schon spät ist. Marlies Besio und Urs Tanner haben das Wichtigste bereits erwähnt.

Ich möchte einfach aus meiner persönlichen Sicht noch einige Ausführungen machen und erläutern, warum ich diese Motion mit eingereicht habe. Für mich gehört der Rhein zu Schaffhausen. Nur, wenn ich an den Rhein will, bleibe ich bestimmt nicht hier. Ich gehe nach Flurlingen, Gailingen, Diessenhofen oder Neuhausen. Jedesmal unterstütze ich die lokale Wirtschaft mit einem Besuch in einem Restaurant. Ich möchte damit - wie Marlies Besio - nochmals an das unternehmerische Denken der rechten Seite erinnern. Ich muss Ihnen ja nicht erklären, dass ich bei einem attraktiveren Rheinufer mein Geld hier liegen lassen würde.

In Schaffhausen finde ich kein einziges lauschiges Plätzchen am Rhein, wo es sich für mich lohnt hinzugehen. Es ist leider alles zubetoniert und der Lärm der Autos stört jede Idylle. Wie Sie jedoch wissen, sind lauschige Plätzchen am Rhein sehr begehrt, vor allem bei Jugendlichen und Familien, und sie ziehen auch Besucher von auswärts an. Diese kommen heute wegen unserer schönen Altstadt oder wegen dem Munot, aber bestimmt nicht, um den Rhein zu sehen, obwohl dies ja ursprünglich eine Sehenswürdigkeit gewesen wäre, die nichts gekostet hätte. Rückgängig kann man leider nichts machen, darüber wurde auch schon viel zu viel diskutiert.

Mein Wunsch wäre lediglich, dass man mit der Durchführung eines schönen machbaren Projektes endlich wieder von der Stadt am Rhein sprechen könnte. Natürlich hoffe ich, dass unsere Motion überwiesen wird. "

Iren Eichenberger (OeBS)**Votum**

"Das Rätsel liegt für mich bei folgender Frage: Wo sollen wir die Nadel im Heuhaufen suchen? Josef Eugster schlägt vor, zuerst die Problematik Brücke bis Grabenstrasse mit einem städtischen Gesamtverkehrskonzept zu lösen. Edgar Mittler will mit einer konsultativen Volksabstimmung noch weiter vorgreifen, und ich vertrete vor allem die Meinung, dass wir gar nicht so viel Zeit haben.

Wir befinden uns in einem planerischen Zangenangriff, und ich sehe das Horrorszenario, dass wir von allen Seiten verplant werden. Ich finde es daher wichtig, dass wir selbst planen und sagen, was wir wollen. Denn, wer nicht plant, wird verplant, was auf keinen Fall passieren darf. Sonst finden wir am Schluss zwischen zwei Verkehrsinseln gerade noch ein Plätzchen, um einen Klappstuhl aufzustellen, was absolut nicht meinen Vorstellungen eines attraktiven Rheinufers entspricht. Peter Käppler hat es gesagt, man kann auf eine Win-win-Situation hoffen. Ich glaube an die Machbarkeit eines gemeinsamen Projektes, dies beweist ja auch die breite Abstützung dieser Initiativgruppe. Ich wünsche mir daher eine Zustimmung zu der Motion Tanner und Mitunterzeichnenden. "

Walter Hotz (FDP)**Votum ***

"Eines der dominierenden Modewörter der vergangenen Jahre ist "Vision". Es hat viel Schaden angerichtet. Denn die Visionsmode hat Persönlichkeitstypen Aufmerksamkeit verschafft, die früher in diesem Parlament keine Chance gehabt hätten: Dem Bluffer und Angeber, dem Träumer und dem Scharlatan.

Was ist gut an diesem Wort, und was ist gefährlich? Ich bestreite nicht, dass Politiker fähig sein müssen, sich eine Vorstellung über zukünftige Entwicklungen zu machen, dass sie Weitsicht und Vorstellungskraft haben müssen. Das ist nichts Neues, es war immer so. Gefährlich wird es erst bei jenen Personen, die sich gerne als das moralische und juristische Gewissen in diesem Rat präsentieren.

Im Duden stand bis Anfang der 90er Jahre unter der Eintragung "Vision" schlicht: "Gesichts- oder Sinnestäuschung", "optische Halluzination" und "übernatürliche Erscheinung als religiöse Erfahrung". Erst danach wurde hinzugefügt: "jemandes Vorstellung, besonders in Bezug auf die Zukunft entworfenes Bild".

Es geht mir nicht um Wortklauberei. Das Problem ist ernsthafter. Aber hier werden die vergangenen Arbeiten des Rates, des Stadtrates und die Demokratie mit Füßen getreten.

Die Motion „Attraktives Rheinufer“, über die wir zu befinden haben, könnte man auch so überschreiben: "Ist's der Tanner, der es tut, ist es richtig und auch gut". Aber an dieser Motion hängen zu viele faule Äpfel.

An der Sitzung vom 26. November 2002 wurde die Interpellation „Attraktivierung Rheinufer“ begründet und diskutiert. Eine Frage des Interpellanten war: "Wie steht es mit der Durchführung des im Sommer 2001 angekündigten internationalen Wettbewerbes?"

Die Antwort des Stadtrates war dazumal, dass der Stadtrat eine Studie zur Feststellung der städtebaulichen und gestalterischen Defizite vom Lindli bis zur Flurlingerbrücke durch die ARGE Spleiss, Leu Partner in Zusammenarbeit mit W. Rüeger Landschaftsarchitekt planen liess. Im Weiteren wurden verschiedene Problemkreise und Lösungsvorschläge von Studenten der Technischen Universität Dresden entwickelt. Nach meinem Dafürhalten müssen also bereits Studien vorhanden sein.

Am 25. November 2003 wurde mit der Motion: "Internationaler Wettbewerb Rheinuferstrasse jetzt" nachgedoppelt. In seiner Begründung war der Motionär insofern ehrlich, weil er als erstes sagte: Ich zitiere: *"Ich darf Ihnen versichern, dass es im Leben eines Politikers Spannenderes gibt, als in derselben Angelegenheit zweimal fast denselben Vorstoss zu machen"*.

Der Stadtrat antwortete dann sinngemäss, dass das notwendige Geld fehlen würde. Es bringe nichts, wenn Studien gemacht werden, von denen man zum Voraus wisse, dass sie zum heutigen Zeitpunkt nicht realisiert werden können. Das war vor ca. 19 Monaten. Weitere Argumente wurden vom Stadtrat vorgetragen, und er empfahl dem Rat, die Motion abzulehnen. Was dann auch dank allen Bürgerlichen mit 25:21 Stimmen geschehen ist.

Im August 2004 wurde eine Volksinitiative "Für ein attraktives Rheinufer" gestartet, die die nötigen Unterschriften offenbar erreicht hat. Aus dem Stadthaus hörte man dann allerdings, dass die Initiative für ungültig erklärt werden soll.

Nun, wenn dem so ist, dachte sich GrSR Tanner und die von ihm lebendig einbalsamierten Mitunterzeichner, reichen wir halt erneut eine Motion ein. Die

Motionäre dachten sich: Sollte die Motion, über die wir heute sprechen, für erheblich erklärt werden, so kann die Volksinitiative zurückgezogen werden. Sollte sie für nicht erheblich erklärt werden, versuchen wir es halt trotzdem mit der Volksinitiative. Man kann es natürlich auch so machen. Im Volksmund heisst das "Salamitaktik".

Der Stadtrat wendet diese Taktik ebenfalls an und ist bereit, diese Motion entgegenzunehmen. Ich frage mich, wieso nach 19 Monaten der plötzliche Sinneswandel. Die Finanzen sind ja immer noch nicht im Lot. Auch hören wir immer wieder, die Verwaltung sei überlastet, müsse sich dem Kerngeschäft widmen und nicht Arbeiten ausführen, die zum jetzigen Zeitpunkt unrealistisch sind. Oder sind das Führungsschwächen? Ich weiss es nicht. Ich weiss nur, dass, wenn Sie heute die Motion für erheblich erklären, weitere Steuergelder in Planungen und Analysen verpufft werden. Gelder, die für wichtigere Projekte eingesetzt werden sollten.

Dieser Rat diskutiert nun schon zum dritten Mal innert 31 Monaten über dasselbe Thema. Für mich ist dies eine politische Zwängerei sondergleichen. Daher empfehle ich Ihnen, der Motion nicht zuzustimmen. "

Theresia Derksen (CVP)

Votum *

"Ich habe eine etwas andere Meinung als der Stadtrat und die Motionäre zur vorliegenden Motion, die vom Stadtrat verlangt, Möglichkeiten einer Öffnung und Anbindung der Stadt an der Rhein aufzuzeigen und eine verwaltungsunabhängige Projektführung einzusetzen.

Zum jetzigen Zeitpunkt scheint mir, dass diese Forderung nur Kosten auslöst und kaum zu brauchbaren und allgemein akzeptierten Lösungen führt. Mir scheint es, dass das Anliegen als Interpellation behandelt werden müsste. Den Wunsch für ein attraktives Rheinufer kann ich verstehen. Wichtiger scheint mir vorerst die Attraktivierung z. B. des Freien Platzes.

Nicht alle Wünsche lassen sich "hopp-hopp" realisieren. Einerseits aus baulichen und verkehrstechnischen und andererseits nicht zuletzt auch aus finanziellen Tatsachen. Es gibt Leute, die endlich eine annehmbare Gestaltung des Herrenackers, ein zeitgemässes Fussballstadion möchten, und andere wollen genügend Turnhallen und den heutigen Bedürfnissen angepasste Schulhäuser. Diese Wünsche kosten Geld und deshalb gilt es Prioritäten zu setzen.

In den nächsten Jahren stehen Entscheide an, welche die Nutzung der Rheinuferstrasse mit beeinflussen. Nur wenn 2017 die IGA, für die sich zur Zeit verschiedene Städte und Gemeinden rund um den Bodensee bewerben, zustande kommt, der Entscheid wird im Herbst erwartet, würde dies eventuell auch für Schaffhausen Gelder für die Sanierung des Rheinufer auslösen.

Mit der Realisierung des Galgenbucktunnels, frühestens 2013, wird in Neuhausen Freude herrschen. Die Stadt Schaffhausen muss aber wissen, wie der Verkehr kurz vor der A4 abgenommen wird und welche Auswirkungen der Verkehr auf die Rheinuferstrasse hat. Bevor man dies weiss, kann man auch nichts planen, das eine langfristige und gute Lösung garantiert.

Die Kosten einer Verlegung der Strasse unter das Rheinniveau würden sich, und das kann sich selbst jeder Laie vorstellen, auf X Millionen Franken belaufen. Eine Volksbefragung zur Gestaltung des Rheinuferes scheint mir deshalb zum jetzigen Zeitpunkt eine Alibiübung. Ich werde deshalb die Motion ablehnen. "

Alfred Tappolet (SVP)**Votum**

"Es ist manchmal gut, wenn man etwas älter ist. Ich greife noch weiter zurück wie Walter Hotz. Wir haben im Museum den Projektwettbewerb über die Gestaltung der Altstadt Süd angeschaut. Wunderschöne Modelle haben uns gezeigt, wie man eigentlich dieses Rheinufer attraktivieren könnte. Peter Kämpfer, bevor wir erneut einen Wettbewerb ausschreiben, sollten wir diese Modelle aus der Mottenkiste holen, nochmals anschauen und dann darüber diskutieren. Ich bin schockiert, dass man eine Absenkung der Rheinuferstrasse aus Kostengründen nicht realisieren kann.

Wenn allerdings ein Ingenieur auf die Idee kommt, im Herblingertal einen Tunnel unter dem Rhein durchzugraben und irgendwo in Chiasso wieder rauszukommen, ist dies durchaus möglich. Ich bin schockiert über ingenieurtechnische Vorstellungen bezüglich Machbarkeit. Es sollte doch tatsächlich kein Problem sein, diese Rheinuferstrasse abzusenken und die Bevölkerung über die allfälligen Kosten zu informieren, wenn wir dieses frühere Modell erneut zur Hand nehmen und uns daran orientieren. Wir hätten damit eine solide Grundlage für unsere Zukunftsplanung, könnten das Volk nach seiner Meinung befragen, endlich am Rheinufer etwas Schönes gestalten und Nägel mit Köpfen machen. "

Christian Meister (SVP)**Votum**

"Sie hören es bereits aus unseren Voten. Wir haben sehr kontrovers über dieses Thema diskutiert und sind zu keinem Entschluss gekommen, sondern haben uns heute Abend einfach mal die verschiedenen Voten angehört. Ich bin auch ein Freund des Rheins und für eine bessere Gestaltung des Rheinuferes. Ich teile die Meinung, dass es wirklich einer Zwängerei gleichkommt, was wir hier machen. Daher bin ich gegen diese Motion und unterstütze, was Theresia Derksen gesagt hat. Auch die Konsultativabstimmung empfinde ich als Alibiübung. Wenn im von Peter Kämpfer genannten Planungshorizont der IGA von 12 Jahren etwas gemacht wird, müssen sowieso Massnahmen ausgearbeitet werden. "

SR P. Kämpfer**Stellungnahme**

"Ich spüre, dass eigentlich niemand das Rheinufer nicht attraktivieren möchte. Aber ich spüre auch gewisse Ängste im Hinblick auf die Kosten und den Ablauf. Es ist - wie Edgar Mittler bereits erwähnte - fast nicht möglich, die beiden zur Diskussion stehenden Motionen zu trennen. Die Motion - wie ich bereits schilderte - rennt offene Türen ein, da der Stadtrat gewillt ist, im Sinne von Standortmarketing diverse Massnahmen, die sehr vielfältig ausfallen, zu prüfen. Bei einer solchen Vielfalt erstaunt die Schwierigkeit, den Überblick zu behalten, nicht. Deshalb kurz einige Worte zu den Kosten: Diese sind ganz klar abhängig von den zu treffenden Massnahmen, zum Beispiel bezüglich Rheinabsenkung oder andere Varianten ("Welle über die Rheinuferstrasse").

Eine Attraktivierung wird nicht nur kostenträchtig, sondern langfristig durch einen zukünftigen Landverkauf und Neuzuzüger sogar Gewinn abwerfend sein. Das Gaswerk am Lindli hat ein hohes Potenzial für eine Wohnüberbauung, wie ein Modell der Hochschule St. Gallen sehr schön aufzeigt.

Ein ganzes Paket von weiteren Einzelmassnahmen wird ebenso zu einer längerfristigen Attraktivierung des Rheinuferes beitragen, wie zum Beispiel die Neugestaltung des Freien Platzes, des Güterhof/Bretterhof - Sie haben heute Abend eine entsprechende Vorlage erhalten - sowie seitens der Werke eine Aufwertung des Rheinuferes mit den finanziellen Mitteln aus der "clean solution".

Zum Phantom Planungskosten: Diverse Planungen sind falliert, das ist das Risiko einer Demokratie. Ohne entsprechende Überlegungen kann einfach keine sinnvolle und vernünftige Planung erstellt werden. Es wäre durchaus ein denkbarer Weg, eine Grobplanung zu machen und dem Volk einen Planungskredit zur Abstimmung vorzulegen. Diese Lösung würde keine hohen Planungssummen verschlingen und einem gezielten Umgang mit den zur Verfügung stehenden Finanzen entsprechen.

Es wurde angetönt, dass das Projekt nicht zum Kerngeschäft des Stadtrates gehöre. Ich bin der Meinung, dass der Stadtrat sehr wohl verpflichtet ist und es zu seinen Kerngeschäften gehört, im Sinne eines Standort- und Wohnortmarketings unserer Stadt für möglichst optimale Lebensbedingungen in Schaffhausen zu sorgen. Es ist auch wichtig für den Tourismus. Aus städtebaulicher und touristischer Sicht ist die IGA eine grosse Chance für Schaffhausen.

In unserer heutigen Diskussion geht es auch darum, welche Signale wir vom Grossen Stadtrat aussenden und wie das Volk diese aufnimmt, vor allem, wenn wir die Motion nur knapp oder nicht erheblich erklären. Dies hat auch einen Einfluss auf die Meinungsbildung des Souveräns bezüglich IGA. Ich bitte Sie um Vertrauen in den Stadtrat, dass er Sie nicht über den Tisch ziehen will, sondern dass wir im Sinne einer Grobplanung Massnahmen aufzeigen und in Form eines Planungskredites vor den Grossen Stadtrat und das Volk gehen. "

Nihat Tektas (JFDP)

Votum *

"Im Gegensatz zur grossmehrheitlichen Meinung unserer Fraktion werde ich der Motion zustimmen. Dies aus verschiedenen Gründen:

Zahlreiche davon wurden bereits von den Befürwortern genannt. Ihren Ausführungen kann ich mich mehr oder weniger anschliessen, insbesondere der Debatte über den richtigen Zeitpunkt dieses Projektes von Iren Eichenberger.

Schliesslich ist die junge FDP Teil des bereits bestehenden oder noch bestehenden überparteilichen Initiativkomitees. Da der Sinn und Zweck des Initiativtextes in diese Motion eingepackt wurde, sehe ich nicht ein, weshalb ich nun dieser Motion nicht zustimmen sollte.

Allfällige Vorgeschichten des Motionärs Tanner interessieren mich ehrlich gesagt nicht, weil es mir schlicht um die Sache geht, nämlich um die Attraktivierung des Rheinuferes. Da ich erst seit knapp 6 Monaten in diesem Rat bin, fällt dies alles eindeutig vor meine Zeit.

Was mich an der bisherigen Diskussion - und auch bereits im Vorfeld - stört, ist die Tatsache, dass hier immer wieder versucht wird, die vermeintliche Meinung der Bevölkerung nur in Schwarz oder Weiss wiederzugeben. Was ich damit zum Ausdruck bringen will, ist, dass es doch klar ganz verschiedene Dinge sind, wenn die Bevölkerung grundsätzlich eine Attraktivierung des Rheinufers wünscht, oder ob sie dies tut, wenn der ganze Spass zwei, drei oder von mir aus gar 15 Millionen kostet. Da müssen Sie doch zugeben, dass die Antworten jeweils anders ausfallen.

Auch wir in diesem Rat reden zwar alle über das Gleiche, aber keiner von uns kann genau sagen, wie dieses konkret auszusehen hat und - die nicht minder bedeutende Frage - was denn die ganze Sache kosten wird.

Niemand kann mir darauf eine Antwort geben. Nicht einmal der Motionär. Deshalb brauchen wir Fakten, über die wir sachlich argumentieren können und deshalb brauchen wir ein Projekt mit Alternativvorschlägen, ganz im Stile einer Machbarkeitsstudie des Stadions Breite, mit einer Mini- und Maxivariante. Natürlich bin ich mir durchaus bewusst, dass auch schon die Projektierung alleine Geld verschlingt, doch angesichts der Tatsache, dass die Bevölkerung ein vitales Interesse an diesem Projekt hat - ich verweise auf die bestehende Initiative - sind für mich die Kosten bereits gerechtfertigt.

Ich setze mich deshalb für die Ausarbeitung einer stadträtlichen Vorlage ein, aus der ich entnehmen kann, was, wo und wie am Rheinufer verändert werden soll und wieviel dies die Stadt kostet. Erst dann bin ich bereit, zu entscheiden, ob mir dies zu teuer ist oder ob es durchgeführt werden soll. "

Kurt Zubler (SP)**Votum**

"Ich bin sehr froh über die flammenden Voten von Edgar Mittler und Christian Meister zugunsten der Attraktivierung des Rheinufers. SR Käppler hat das Votum von Christian Meister gar dahingehend aufgegriffen, dass man hier nicht einfach offene Türen einrennt, sondern der SR bereit ist, die Motion gerne entgegenzunehmen, weil er in dieser Richtung tätig werden möchte. Das heisst, wir sind aufgerufen, dieses Signal auch auszusenden und die Führungsverantwortung als Stadtparlament wahrzunehmen. Daher bitte ich Christian Meister und Edgar Mittler nochmals über die Bücher zu gehen. "

Alfons Cadario (EVP)**Votum**

"Die Rheinuferstrasse mit dem Kanal war damals eine grosse Errungenschaft, ich weiss dies von meinem Vater, der in der Unterstadt aufwuchs und unter den alljährlichen Überschwemmungen litt. Man hatte damals allerdings nicht mit der Verkehrszunahme gerechnet, die zu gross war, um die Strasse überqueren zu können. Betreffend Zwängerei: Die Einführung des Frauenstimmrechtes benötigte ebenfalls mehrere Anläufe, aber niemand hat in diesem Zusammenhang von Zwängerei gesprochen. Betreffend Freier Platz: Hier sollte keine Pflästerli-Politik betrieben werden und das "Ganze" betrachtet werden. "

Edgar Zehnder (SVP)**Votum**

"Eigentlich müsste ich als Baumeister über die mögliche Vorlage frohlocken. Der Schein trügt. Das städtische Baugewerbe braucht keine weiteren Schublade-Projekte und Wettbewerbe, sondern benötigt dringend Bauten, die schlussendlich ausgeführt werden. Es stehen dringendere Projekte an: Wie zum Beispiel die Sanierung der KSS (mit Fr. 20 Mio.), der Herrenacker und das Museum. Ich möchte Sie vor dem Rhein warnen. Der Rhein ist schön, aber zum Bauen ein "Graus". Es gibt nichts Teureres wie am Wasser zu bauen. Die Lage der Rheinuferstrasse ist durch unzählige Werkleitungskanäle verbaut, die eine irrsinnige Kostenlawine auslösen werden. Denken Sie an den Kreisel Obertor, das waren ca. Fr. 10 Mio., beschränkt auf wenig Platz. Hier sprechen wir von ca. 4 km, wo etwas geschehen soll. Sie können selbst die Kosten hochrechnen. Packen wir doch dringendere Projekte an, die zur Genüge vorhanden sind. "

Andres Bächtold (SP)**Votum**

"Im Laufe der heutigen Diskussion habe ich das Gefühl bekommen, es gäbe einige Ratsmitglieder, die entweder nicht lesen oder Texte nicht verstehen können. Der einzige Sinn dieser Motion ist, dass ein Prozess in Gang gesetzt wird, welcher auslötet, was die Bevölkerung am Rhein wünscht. Anschliessend wird die Planung in Angriff genommen, auf dem Herrenacker fand dies genau umgekehrt statt. Es geht heute darum, den Bau von Sandburgen zu verhindern. Wir haben mit der Zukunftswerkstatt Breite einen positiven Anfang gemacht und in ähnlicher Weise muss der Prozess ablaufen, damit wir zum Ziel der Attraktivierung des Rheinufers gelangen können. "

Martin Roost (parteilos, OeBS)**Votum**

"Ich spreche jetzt als Gewerbetreibender zu Ihnen. Heute Abend geht es mit der Annahme der Motion um einen Richtungsentscheid. Vor rund 30 Jahren ging es darum, die Schaffhauser Fussgängerzone anzunehmen oder abzulehnen. Dies war auch ein Richtungsentscheid. Niemand würde heute diesen Entscheid rückgängig machen, obwohl viele Gewerbetreibende damals negativ reagiert hatten. Ich möchte, dass man den Mut hat, wieder einmal eine Richtung einzuschlagen, die etwas weiter wie nur die nächsten 3-4 Jahre hinausplant. "

Werner Schöni (SVP)**Votum**

"Ich bin einer der Mithörer, um sich seine Meinung zu bilden. Mir liegt das Rheinufer auch am Herz, insbesondere der Freie Platz und das nicht sehr schöne EKS. Im Laufe der Diskussion habe ich gehört, dass das Rheinufer seit 31 Monaten ein ewiger Dauerbrenner ist. Die IGA, sofern sie kommt, wird uns massive Vorgaben machen. Die Entscheidung darüber wird ja bereits im September fallen, daher sehe ich jetzt keinen Zwang, auf diese Motion einzutreten. "

Christian Meister (SVP)**Votum**

"Andres Bächtold sollte den Text der Motion schon nochmals durchlesen, weil da klar und deutlich Folgendes steht: *"Der Stadtrat sollte einen zukunftsgerichteten Prozess mit verwaltungsunabhängiger professioneller Führung in Gang setzen ... "* Das heisst nicht, dass man es genau umgekehrt macht. "

SR Peter Kämpfer**Stellungnahme**

"Im Hinblick auf die Grössenordnung des Projektes wird es sehr schnell zu einer Volksabstimmung kommen. Die Motion beinhaltet, dass der Stadtrat Bericht und Antrag an den Grossen Stadtrat stellt. Der Stadtrat ist sogar bereit, beide Motionen entgegenzunehmen, sodass ein positives politisches Signal nach aussen gesetzt werden kann, vor allem auch im Zusammenhang mit der IGA. Das wäre mein grosser Wunsch. "

Marlies Besio (CVP)**Schlusswort**

"Ich bedanke mich für alle Voten. In der Diskussion ist mir aufgefallen, wie Martin Roost und Andres Bächtold es auch gesagt haben, dass immer wieder von Projekten und Beträgen gesprochen wird. Genau dies wollen wir nicht, es geht heute um einen grundsätzlichen Richtungsentscheid. Mein Dank richtet sich auch an SR Peter Kämpfer, der in seiner Stellungnahme sehr ausführlich zu verschiedenen Punkten informierte.

Ich hoffe natürlich, dass die Motion angenommen wird. Ich möchte an dieser Stelle auch etwas vor der IGA warnen, die uns nicht nur finanzielle Mittel beschert, sondern auch einen gewissen planerischen Zeitdruck auferlegen könnte, der dazu führt, dass kein sorgfältig überdachtes Projekt entstehen kann. Wir möchten ja das Rheinufer nicht wegen dieser Internationalen Gartenshow attraktivieren. Es wäre natürlich schön, wenn die Attraktivität bereits vorhanden wäre. "

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

Peter Neukomm (SP) stellt im Anschluss den Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf.

ABSTIMMUNG UNTER NAMENSAUFRUF

Der Grosse Stadtrat überweist die Motion unter **Namensaufruf** mit **28 : 16 Stimmen**, bei 3 Enthaltungen.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 5**Motion Thomas Hauser (FDP):
Konsultative Volksabstimmung Rheinufer****Thomas Hauser (FDP)****Begründung ***

"Im Grossen Stadtrat haben wir unlängst eine Motion für einen Wettbewerb zur Neugestaltung des Rheinufers abgelehnt. Im Anschluss formulierte Grossstadtrat Urs Tanner eine Initiative für die Ausarbeitung einer Verordnung zur Neugestaltung des Rheinufers. Dieses Volksbegehren wurde von einem breit abgestützten Komitee getragen, und die nötigen 1000 Unterschriften waren sehr schnell gesammelt. Auch Mitglieder der FDP fanden den Weg über die Initiative richtig und wirkten in diesem

Komitee mit. Das Volksbegehren fand unsere Unterstützung vor allem darum, weil sich das Stimmvolk an der Urne äussern kann, ob es eine Sanierung oder Neugestaltung der Rheinuferpartie wünscht oder nicht, bevor für allfällige Planungen viel Geld ausgegeben wird. Ich denke in diesem Zusammenhang an die Vorlagen Herrenacker und Schulhaus Breite zurück.

Nun wird diese Initiative, eine wirklich sinnmachende Angelegenheit, von einer Motion überholt und all jene, die die Initiative für eine Abstimmung unterschrieben haben, werden ebenfalls überholt. Eine Motion, die vom Stadtrat bereits Abklärungen und Planungsgrundlagen fordert, wurde eingereicht. Das heisst: Das, was die Initiative so sinnvoll machte, wird hinfällig. Wird diese Motion überwiesen - was sie soeben wurde - wird die Initiative zurückgezogen.

Diese neue Situation gab anlässlich der FDP/CVP-Fraktionssitzung viel zu reden und man gab dem Bedauern Ausdruck, dass keine Volksbefragung vor den Planungsarbeiten stattfinden wird.

Im Zusammenhang mit den zu erwartenden Goldmillionen war der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Peter Neukomm zu entnehmen, man könnte einen Teil des Geldes nachhaltig für Projekte wie

- Sanierung Rheinufer (Planungskosten)
- Sanierung Stadthausgeviert (Planungsarbeit)
- Anschubsfinanzierungen

verwenden. Ich ergänze diese Möglichkeiten - wie auch Peter Neukomm - mit der Sanierung des Museums, dem Stadionneubau, den Turnhallenrenovationen oder KSS-Sanierung. Diese Projekte könnten auch nachhaltig sein, wenn man wüsste, was die Einwohnergemeinde gerne möchte. Das Amphitheater in Verona, gebaut in der Römerzeit, zeigt, dass auch stadionähnliche Anlagen nachhaltig sein können und über Jahrtausende genutzt werden. Sie sehen, in der Stadt Schaffhausen steht vieles an.

Deshalb möchten wir vom Stimmvolk wissen, wo die Prioritäten liegen. Mit der Initiative wäre dies bezüglich Rheinufer möglich gewesen, mit der vorliegenden Motion aber nicht. Da man am Motionstext bezüglich konsultativer Volksabstimmung inhaltsmässig praktisch nichts ändern oder einbringen kann, kam für eine Mehrheit unserer Fraktion nur der Weg über eine Motion betreffend konsultativer Volksabstimmung im Vorfeld aller Planungsarbeiten in Frage. Derartige Abstimmungen sind in der Stadt nicht neu - ich erinnere an die Konsultativabstimmung bezüglich Linienführung der N4 im Jahre 1978.

Je nach Ausgang dieser Volksbefragung kann an der Motion Besio/Tanner und weitere Unterzeichnende weitergearbeitet werden oder nicht. Aus diesem Grund - aber auch weil vieles ansteht und die geplante Volksbefragung von der Initiative "weggeschafft" wurde - bitten wir Sie, diese Motion erheblich zu erklären, damit vor den Planungsarbeiten das Volk befragt werden kann, wo die Prioritäten zu setzen sind, auf der Breite, am Rhein, in der KSS oder im Museum. "

SR P. Kämpfer**Stellungnahme ***

"Bei der Motion Hauser ist die Situation für den Stadtrat etwas kniffliger. Denn so wie das Anliegen vorliegt, ist es nach Ansicht des Stadtrates nicht motionswürdig. Das Verlangen einer Konsultativabstimmung gehört nicht zu den Kompetenzen des Grossen Stadtrates. Der Grosse Stadtrat kann zwar nach Art. 10 f der Stadtverfassung Geschäfte von grosser Wichtigkeit dem Stimmvolk zur Beschlussfassung unterbreiten, dies bezieht sich aber auf konkrete Projekte oder Geschäfte. Eine Konsultativabstimmung macht dann Sinn, wenn eine Meinungsäusserung der Stimmbevölkerung zu einem Thema abgeholt werden soll, zu dem sie keine rechtlichen Befugnisse hat, wie dies beim Bau der A4 Stadtdurchfahrt geschehen war, dessen Kompetenzen beim Bund lagen.

Bei der Neugestaltung des Rheinufers geht es aber um Geschäfte, welche in der Kompetenz der Einwohnergemeinde Schaffhausen sind. Insofern wird das Parlament und das Volk so oder so zu entscheiden haben. Darum stellt sich die Frage, ob eine zusätzliche Konsultativabstimmung Sinn macht. Die dazugehörigen Erläuterungen habe ich Ihnen bei der Motion Besio gemacht.

Der Stadtrat hat Verständnis für die Befürchtungen von Motionär Hauser, dass am Volk vorbei geplant werden könnte und am Rhein eine Planungsleiche entstehen könnte. Es ist aber nicht möglich, den StimmbürgerInnen eine Abstimmung abzuverlangen, ohne Details über ein Projekt vorzulegen. Eine solche Vorgehensweise würde wohl kaum verstanden werden. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass eine "Auswahlsendung" gemacht wird, welches Projekt zuerst in Angriff genommen werden soll.

Der Stadtrat empfiehlt darum dem Motionär, die Motion zurückzuziehen, wird sich aber gegen eine Überweisung auch nicht wehren. Die Absichten des Stadtrates, eine Volksabstimmung durchzuführen, sind vorgängig klar dokumentiert worden. Der Stadtrat tendiert im Gegensatz zum Motionär dazu, eine verbindliche Abstimmung durchzuführen, wenn die Planung soweit fortgeschritten ist, dass den StimmbürgerInnen eine Vorlage unterbreitet werden kann. Wie geschildert, kann mit der vertiefteren Erarbeitung von Massnahmen und der Berechnung der Planungskosten erst im Oktober begonnen werden. Danach kann, zum Beispiel in Form eines Planungs- oder Rahmenkredites, das Projekt den StimmbürgerInnen unterbreitet werden. Ich glaube, mit dem skizzierten Vorgehen und unter Einbezug aller Kräfte kann ein Instrument geschaffen werden, das demjenigen einer Konsultativabstimmung sehr nahe kommt. Dies hat auch die Zukunftswerkstatt Breite gezeigt. "

Alfons Cadario (EVP)**Votum**

"SR P. Kämpfer hat das meiste vorweg genommen. Gemäss Verfassung ist es nicht möglich, die geplante Konsultativabstimmung durchzuführen. Die Frage "Was wollt ihr?" würde sich ja auch sofort stellen. Man kann nur über einen Planungskredit abstimmen. Darüberhinaus ist im Weiteren der genaue Bereich festzulegen, von der Schifflande bis zum Kraftwerk oder die ganze Länge? Wir sollten über das Ganze sprechen und keine "Salamitaktik" oder "Rosinenpickerei" betreiben. "

Peter Neukomm (SP)**SP/AL-Stellungnahme**

"Wir können dieser Motion aus formellen und materiellen Gründen nicht zustimmen. Der Stadtrat und auch Alfons Cadario haben wesentliche Aspekte bereits erläutert.

Die undatierte Motion Hauser verlangt keinen Bericht und Antrag vom Stadtrat und hat weder etwas mit Gesetzgebung noch mit der Errichtung einer neuen Amtsstelle zu tun, auch nicht mit einer Ausgabe oder einem Geschäft, das in unsere parlamentarische Kompetenz fällt. Natürlich soll man bei der Beurteilung von Motionen nicht zu formalistisch sein, trotzdem gibt es Grenzen. Was in diesem Rat alles unter dem Titel Motion läuft, überschreitet unseres Erachtens diese Grenze ganz klar. Die Motion wurde vom Gesetzgeber nicht zur Initiierung von Volksbefragungen über Strassenbeschaffung geschaffen. Wir sind auf dem besten Weg, heute Abend für die Zukunft ein Präjudiz zu schaffen, wenn wir diese Motion überweisen. Dies ist jedoch nur ein Aspekt, weshalb wir der vorliegenden Motion nicht zustimmen können.

Dieser Vorstoss ist auch nicht motionswürdig, weil er aufgrund der vor wenigen Minuten überwiesenen Motion völlig überflüssig und inhaltlich zu unbestimmt ist. Alfons Cadario hat es bereits erwähnt. Die Motion steht vom Wortlaut her im Widerspruch zur bereits überwiesenen Motion, weil sie sich auf die Rheinuferstrasse begrenzt. Das Rheinufer geht nach Intention der Motionäre und nach dem Wortlaut der bereits überwiesenen Motion ganz klar vom Kraftwerk bis zum Lindli und schliesst somit auch den Brückenkopf ein, was sinnvoll erscheint, weil sonst leichtfertig Entwicklungschancen unserer Stadt verbaut würden.

Die Frage, über was überhaupt abgestimmt werden sollte, ist ebenso unklar. Auch dies hat Alfons Cadario bereits gesagt. Niemand weiss es, da niemand über die nötigen Grundlagen verfügt. Es handelt sich bei dieser Motion schlichtweg um ein "Phantom", das der Stadt Fr. 30'000.-- Kosten für die Durchführung einer sinnlosen Volksabstimmung verursachen würde.

Es ist nicht unsere Aufgabe, Volksabstimmungen zu initiieren, um die Stimmung im Volk auszuloten, ob wir eine Aufgabe anpacken sollen oder nicht. Im Übrigen ist dieses Ausloten durch die Einreichung einer Initiative bereits geschehen. Das Vorgehen der Motionäre würde auch unsere Funktion als Parlament abwerten. Denn wenn zu jedem Projekt, das voraussichtlich nicht ganz billig wird, eine Konsultativabstimmung ohne planerische Grundlagen und konkrete Ideen durchgeführt würde, bräuchte es nicht einmal mehr 35 Grossstadträte. Wir haben als Parlamentarier eine gewisse Führungsverantwortung wahrzunehmen. Unsere Wählerinnen und Wähler erwarten von uns konkrete Vorschläge zur Lösung von Problemen. Sie haben uns nicht gewählt, damit wir erst die Fahne in die Luft halten, um abzuschätzen, woher der Wind bläst, bevor wir politische Verantwortung übernehmen.

Zum Text der Motion möchte ich nichts mehr sagen. Der Motionär hat heute in seiner Begründung den Text erweitert und spricht von einer Prioritätensetzung im Vergleich zu verschiedenen Projekten wie z. B. das Fussballstadion. Darüber steht im Motionstext nichts.

SR P. Käppler hat das weitere Vorgehen erläutert: Der Stadtrat wird Bericht und Antrag zuhanden des Parlaments erstatten. Es wird zwangsläufig zu einer Volksabstimmung kommen. Dies ist ein weiterer Grund, weshalb die Motion überflüssig ist. Ein Planungskredit, auch wenn er die Grenze des obligatorischen Referendums nicht überschreitet, kann nach Art. 10, lit g, bei besonderer Wichtigkeit dem Volk vorgelegt werden. Somit können sich ja die Motionäre wieder "einklinken"

und dannzumal, bei Planungskosten unter Fr. 600'000.--, eine Volksabstimmung verlangen. Das wäre der früheste Zeitpunkt einer sinnvollen Volksbefragung. Wir ersuchen Sie, diesen Vorstoss zurückzuziehen. "

Ernst Spengler (SVP)

Votum

"Ich habe eine Verständnisfrage: Vor einer halben Stunde hat uns der Baureferent erklärt, der Stadtrat sei bereit, beide Motionen entgegenzunehmen. Jetzt sagt er, wir sollen die 2. ablehnen. "

Christian Meister (SVP)

Votum

"Ich wollte die gleiche Frage wie Ernst Spengler stellen. SR Peter Kämpfer hat gesagt: "*Darum empfiehlt der Stadtrat, beiden Motionen zuzustimmen*". Ich finde es einen Affront gegenüber denjenigen, die dies getan haben. "

SR Peter Kämpfer

Stellungnahme

"Wir haben gesagt, dass der Stadtrat bereit ist, beide Motionen entgegenzunehmen. In meiner Stellungnahme zur Motion Hauser habe ich gesagt, dass der SR dem Motionär empfiehlt, die Motion zurückzuziehen. Er wehrt sich aber auch nicht gegen eine Überweisung. Das ist die Haltung des Stadtrates.

Die Begründung des Motionärs stimmt allerdings nicht mit dem Motionstext überein. Der Stadtrat ist bereit, eine Volksabstimmung durchzuführen. Es kann jedoch keine Abstimmungsvorlage ausgearbeitet werden, die leer ist. "

Stadtpräsident Marcel Wenger

Stellungnahme

"Es ist genauso wie der Baureferent gesagt hat: Der Stadtrat hätte gerne beide Aufträge entgegengenommen, und zwar vor allem aus politischer Klugheit. Wir sind im Begriff, uns den Nerv an der Rheinuferstrasse genauso wie auf dem Herrenacker einzuklemmen.

Es ist nicht mehr als fair, wenn der Stadtrat die Chance erhält, eine Volksabstimmung durchzuführen, weil sie ja ohnehin nötig ist. Dies hat der Baureferent klar dargelegt. Sie können sich jetzt formaljuristisch dagegen wehren, da haben Sie sogar Recht. Politisch werden Sie die Quittung spätestens dann erhalten, wenn die Kräfte, die heute etwas kritisch gegenüber dieser Motionsüberweisung stehen, sich beim Volk wehren. Wie kann man sich für eine Volksinitiative einsetzen, aber dann eine Motion, die eine Volksabstimmung verlangt, wieder ablehnen. Das müssen Sie mir mal erklären. "

Edgar Mittler (FDP)

Votum

"Beim genauen Zuhören heute Abend habe ich festgestellt, dass die Planungskosten einen grösseren Betrag wie angenommen beanspruchen und dessen Höhe sogar eine Volksabstimmung bedingt. In diesem Sinn wird der Hauptzweck unserer Motion erfüllt. Ich erwarte - wie Peter Neukomm bereits sagte - dass, selbst wenn die Kosten unter der Kompetenz des Grossen Stadtrates liegen, auch in diesem Fall eine Volksabstimmung gemacht wird. Ich werde mich in ausgleichender Gerechtigkeit auch bei der Motion Hauser der Stimme enthalten. "

Urs Tanner (SP)

Votum

"Ich denke, das Tonband wird belegen, dass SR Peter Kämpfer vor rund 70 Minuten das Gleiche gesagt hat wie jetzt. Es gibt Mitmotionärinnen und Mitmotionäre, die

manchmal etwas unterschreiben, es vergessen oder die Meinung ändern. Ich muss allerdings Thomas Hauser hoch anrechnen, dass er immer mit dabei war und nie irgendeine Idee über Bord warf.

Die überwiesene Motion "Attraktives Rheinufer", wo Thomas Hauser bei der Initiative mit Herzblut und Energie dabei war und immer noch ist, verlangt jetzt ja einen Schlussbericht, welcher "*Bürli, trockene Laugenstengel, Laugenstengel mit Salami und teure Torten*" vorstellen soll. Das wollen wir sehen, dann wählen wir aus der ganzen Palette aus. Thomas Hauser nimmt jetzt eben die "*teure Torte*" heraus und will darüber abstimmen. Lieber Thomas, diese "*Torte*" muss ein Teil des Schlussberichtes der Motion "Attraktives Rheinufer" sein, und somit ist die Deine Motion unter Traktandum Nr. 4 erfüllt und Du kannst - wie auch Mitmotionär und unterschreibender Kollege Edgar Mittler bereits erkannt hat - getrost zurückziehen. Ich denke, mit der Motion unter Traktandum 4 haben wir Deine Motion mitüberwiesen."

Peter Neukomm (SP)

Votum

"Ich möchte mich dazu äussern, dass der Stadtrat bereit ist, die zweite Motion entgegenzunehmen. Auch ich bedaure, dass ein Teil der FDP aus dem überparteilichen Konsens ausgestiegen ist und ein eigenes "Zügli" mit einem Vorstoss fährt, der offensichtlich Mängel hat, nicht motionswürdig ist und ebenso offensichtlich im Wortlaut nicht erfüllt werden kann. Wenn der Stadtrat jetzt seine Bereitschaft signalisiert, solche Motionen entgegenzunehmen, werden wir uns zu gegebener Zeit wieder daran zu erinnern wissen, und ich sage Ihnen, das ist ein Präjudiz, vor dem es mich graust. Ich finde es schade, wenn man - nur um niemandem weh zu tun, der kurzfristig aus dem überparteilichen Komitee ausgestiegen ist - noch für eine nicht motionswürdige Motion "belohnt" wird. Wir bleiben dabei, dass wir eine solche Motion nicht unterstützen können und hoffen, dass der Stadtrat dies auch so sieht. "

Peter Möller (SP)

Votum

"Ich wehre mich nicht gegen eine Volksabstimmung über die Gestaltung des Rheinufers. Sie muss jedoch einen Inhalt haben, und man muss Fragen formulieren können. Dies kann man erst dann, wenn die Planungskosten zur Debatte stehen. Ich werde mich persönlich zu diesem Zeitpunkt und auch bei einem allenfalls tieferen Betrag für eine Volksabstimmung einsetzen.

Nicht ganz nachvollziehbar ist für mich die Stellungnahme des Stadtrates, der aus politischen Gründen froh wäre, wenn er für einen aus der Stadtverfassung ohnehin klar verbindlichen Auftrag, nämlich eine Volksabstimmung durchzuführen, zusätzlich noch einen entsprechenden Auftrag aus dem Parlament entgegennehmen könnte. Dies verstehe ich nicht, aber ich bin ja auch nicht Stadtrat. "

Iren Eichenberger (OeBS)

Votum

"Wir wurden heute Abend schon einmal darauf aufmerksam gemacht, dass wir offenbar nicht gut lesen. Schauen Sie doch mal genau hin: In der Motion steht ein Satz mit einem Doppelpunkt und danach steht nichts mehr. Es folgen nur 7 Unterschriften. Nach diesem Doppelpunkt müsste noch etwas Konkretes kommen, und das vermisste ich. Daher kann ich der Motion nicht zustimmen. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP)**Votum**

"Heute Abend üben wir uns besonders in formaljuristischen Expertisen. Ich stelle fest, dass Diverse unter uns über ausgezeichnete juristische Kenntnisse verfügen - was ich nie angezweifelt habe - welche heute Abend besonders schön und auch vom Baureferent nachdrücklich formuliert wurden, der sich tatsächlich, wie von den Kollegen der SVP festgestellt, in seinem Votum gemäss Traktandum 5 und demjenigen gemäss Traktandum 4 widerspricht, und der, wohl um etwas gute Luft zu machen, seine Fraktion zu unterstützen und Leute auf unserer Seite zu gewinnen, irgendwas versprochen hat.

Kollegin Eichenberger, wenn ich richtig zähle, hat es 8 Unterschriften nach dem Doppelpunkt, nicht 7. Dafür hat Thomas Hauser zweimal unterschrieben, auch noch oben. Wir könnten uns jetzt darüber lange unterhalten und eine Spezialkommission einsetzen. Das will ich jedoch nicht beantragen, da es nicht in der Stadtverfassung steht.

Aber die Stadtverfassung - meine Damen und Herren der linken Seite, es ist vielleicht gar nicht so schlecht, wenn wir eine Totalrevision anstreben - ist eben nicht so klar, wie Sie meinen. In Art. 10, lit g, steht, dass der Grosse Stadtrat dem Stimmvolk Angelegenheiten zur Beschlussfassung unterbreiten kann, welche besonders wichtig sind. Die hier diskutierte Frage - da sind wir uns einig - ist besonders wichtig. Wir sind uns ebenso darüber einig, dass wir eine grosse Mehrheit in der "politischen Aussage" möchten, dass etwas geschehen soll.

Ich glaube, wir werden mit der Überweisung dieser Motion noch Leute dazu bewegen können, ja zu stimmen, dass man das Projekt im Grundsatz angeht, die vorgehend noch nein gesagt hatten, weil sie nicht wollen, dass man bereits eine Planung durchführt, die einen Differenzierungsgrad und entsprechende finanzielle Auswirkungen haben wird, die man noch nicht haben möchte.

Um es einfach zu sagen: Ich bin der Meinung, dass der Motionstext so sehr wohl genügt. Der Stadtrat wird ja darin nur beauftragt, eine Konsultativabstimmung betreffend Neugestaltung durchzuführen. Er wird selbstverständlich nicht 14 Seiten Blankopapier dem Volk vorlegen und nur den Satz mit den 8 Unterschriften kopieren, sondern selbstverständlich noch einige Planungsarbeiten voranziehen und gewisse Aussagen darüber machen, was wo gemacht werden könnte und welches die finanziellen Auswirkungen wären, jedoch vorerst ohne einen Planungskredit von mehreren Hunderttausend Franken sprechen zu müssen, um eine internationale Ausschreibung zu machen.

Thomas Hauser hat mit seiner Motion sehr wohl gute Absichten und unterstützt vom Grundsatz her das Bestreben, dieses Rheinufer zu attraktivieren. Ich glaube, wir können immerhin guten Mutes diese Motion unterstützen. Sie ist gemäss heute gültiger Stadtverfassung sehr wohl zulässig. "

SR Peter Käppler**Stellungnahme**

"Ich bin nicht Jurist und verstehe diese manchmal auch nicht. Juristen verstehen ja auch nicht immer, was Stadträte meinen, dies zeigt sich gerade hier. Ich habe in der Begründung gesagt, wie wir dies auffassen können. Wenn Sie die Motion erheblich erklären, wird der Stadtrat Bericht und Antrag erstellen im Sinne der Motion Besio/Tanner. Dieser Bericht geht an den Grossen Stadtrat, und Sie werden

Gelegenheit haben, sich dazu äussern zu können. Heute Abend geht es im Wesentlichen darum, eine positive Denkweise zum Bereich Attraktivierung des Rheinuferes zu geben, sämtliche Details können im Bericht und Antrag geregelt werden. "

Thomas Hauser (FDP)**Schlusswort**

"Ich könnte formaljuristisch werden und meine Motion nochmals begründen. Aber zuerst muss ich noch zur Rheinuferstrasse etwas präzisieren: Sie erstreckt sich vom Freien Platz bis zum EW. Dort ist ja auch die "dicke Pastete", die anfällt. Für die andere Partie Richtung Büsingen haben wir schon lange eine Motion von Bernhard Egli überwiesen.

Zu Peter Neukomm, der die Motion hinterfragt. Jetzt möchte ich meinerseits die Initiative hinterfragen. Ich habe Unterschriften gesammelt und den Leuten gesagt, jetzt gibt es eine Volksabstimmung, ob man eine Verordnung wolle oder nicht, bevor man für Planung viel Geld ausgibt. Hunderte von Personen haben unterschrieben und mir zugesichert, dass sie es sinnvoll fänden. Jetzt umschiffen wir dies, und ich habe 200 Initiativbefürworter angelogen. Da mache ich nicht mit, die Leute im Auftrag der SP anzulügen. Deswegen habe ich mit der Motion eine Konsultativabstimmung verlangt. Daran halte ich auch fest. Man kann nicht auf dem Fronwagplatz stehen, den Leuten vorgaukeln, vor der Planung eine Volksabstimmung durchzuführen und - ein halbes Jahr später - eine Motion bringen, die Initiative "hinten durch" wieder einziehen und die Sache am Volk vorbeimanövrieren. Da mache ich nicht mit. Das war auch der Tenor der FDP/CVP-Fraktion während der Behandlung der Motion. Daher kamen wir auf die Idee, dass die Volksabstimmung vorher stattfinden kann, wie es auch von vielen Initiativunterzeichnenden befürwortet wurde. Ich habe ein gutes Gewissen vor den 200 Personen, die unterschrieben haben. "

Iren Eichenberger (OeBS)**Votum**

"Niemand wurde angelogen. Eine Initiativgruppe ist berechtigt, eine Initiative zurückzuziehen und alle wurden gefragt, ob sie mit dem Verfahren einverstanden seien. Diese Gruppe, die unterzeichnet, ist somit berechtigt. "

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat lehnt die Motion mit **22 : 18 Stimmen** ab.

Das Geschäft ist erledigt.

Rolf Amstad (SP) teilt mit, dass die heutige Sitzung als Doppelsitzung deklariert wird. Im Rat entsteht eine angeregte Diskussion über die Entscheidungskompetenz (Ratspräsident oder GrSR).

Ernst Spengler (SVP) stellt den Antrag auf Durchführung einer einfachen Sitzung.

In der Konsultativabstimmung wird mit **16 : 10 Stimmen** eine Doppelsitzung abgelehnt.

Dr. Raphaël Rohner (FDP) erläutert den Grund seiner Intervention aufgrund der Wortmeldung von Marlies Besio (CVP) zu Traktandum 4 und zitiert in diesem Zusammenhang §34 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates wie folgt:

"Bei jedem zur Behandlung kommenden Geschäft erteilt der Präsident/die Präsidentin zuerst dem Berichterstatter/Berichterstatterin der vorberatenden Kommission oder, wenn das Geschäft vom Stadtrat vorgebracht wird, dessen Referent/Referentin das Wort. Dann eröffnet er/sie die allgemeine Diskussion. Er/sie merkt die Namen der Mitglieder, die das Wort verlangen, in der Reihenfolge, in der sie es verlangt haben, vor und erteilt es ihnen in der gleichen Reihenfolge."

Schlusswort des Präsidenten:

"Ich danke Ihnen für die heutigen Beratungen und Diskussionen, die leider nicht immer so speditiv und sachlich ausgefallen sind. An dieser Stelle beenden wir die Sitzung. Ich wünsche Ihnen jetzt eine wunderschöne Sommerzeit, geniessen Sie die hoffentlich etwas weniger hektischen Tage und erholen Sie sich gut, damit wir frisch gestärkt und motiviert die Sitzungen des Grossen Stadtrates für die 2. Hälfte dieses Jahres am Dienstag, 23. August 2005, wieder starten können."

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um **21.00 Uhr**.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 23. August 2005, 17.00 Uhr.